E 2814
Nr. 5
Oktober 2015
Jahrgang 64

Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Fotojournalisten zwischen Abzug und Multimedia

Erster Tarifvertrag
BR: Festanstellung für Gagenempfänger

Eine Stimme geben
Flüchtlingsreporter beim Hamburger Abendblatt

Unangenehme Fragen
Reichstagsbrand: Erneut Kritik an Spiegel-Story

Journalist? Aktivist? Mensch!

Von Ulrike Maercks-Franzen | Erfreut – manchmal auch erstaunt und ungläubig – nehmen wir den Wandel in der Berichterstattung über Flüchtlinge, ihre Beweggründe, ihre Schicksale, ihre kaum vorstellbaren Strapazen wahr. Die blieben unsichtbar, würden sich nicht mutige und erfahrene Kolleginnen und Kollegen so nah wie möglich zu ihnen hin bewegen.

Aber bedeutet Nähe – räumlich, seelisch, empathisch – auch unbedingt Distanzverlust? „Sie sind also Journalist und Aktivist in einer Person", bekam der *Tagesspiegel*-Redakteur Matthias Meisner von einem Vertreter der sächsischen Landesregierung zu hören. Er hatte auf dem Weg zu einem Pressetermin eine Kleiderspende für Geflüchtete abgegeben. Auch der *taz*-Redakteur Martin Kaul wurde von Redaktionskollegen gefragt, wie er es mit seiner journalistischen Objektivität vereinbaren könne, wenn er während seiner Reportage-Tätigkeit am ungarischen Keleti-Bahnhof den dort gestrandeten Flüchtlingen Wasser und Lebensmittel besorge. So der Bericht der beiden Kollegen auf einer Veranstaltung von netzwerk recherche im *taz*-Café in Berlin. Beide hatten und haben keinen Zweifel an der Richtigkeit ihres Handelns (die Anwesenden übrigens auch nicht). Aber das bekannte Diktum „sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten" schwebt immer über uns, lässt uns plötzlich innehalten und zweifeln, ob das erlaubt ist, was zu tun einem Gefühl und gesunder Menschenverstand spontan gebieten. Ich denke, innezuhalten ist gut, darüber nachzudenken auch. Das eigene Handeln nicht mit der journalistischen Berichterstattung zu vermischen, es weder zum Gegenstand noch Kriterium der Beobachtung, Beschreibung und Analyse zu machen, das ist das normale medienethische Gebot – und geübte Praxis.

Aber neben der gebotenen journalistischen Distanz auch eine eigene Haltung zu haben, auch das ist Grundlage journalistischer Glaubwürdigkeit. Und es gibt ermutigende Beispiele: Am Verlagshaus der *Schweriner Volkszeitung* zeugt seit 22. September ein Banner von der Haltung seiner Mitarbeiter: „Toleranz statt Angst – Welcome to Mecklenburg" heißt es da und das Blatt bekräftigt in einer Erklärung: „…gerade in Zeiten großer Verunsicherung … kommt es darauf an, Haltung zu zeigen … Haltung, die man nicht von der Kassenlage abhängig machen kann …. Denn zugleich werden wir unseren publizistischen Auftrag erfüllen ..."

Auf ein Wort

TITEL

8 **Fotojournalisten zwischen Abzug und Multimedia**
Von Astrid Sauermann

10 **Wie reagieren auf Herausforderungen?**
Nischen suchen
Weiterbilden
Neue Wege gehen
Zusammenschließen

11 **Handbuch des Fotojournalismus**

12 **Geteilte Verantwortung**
Anmerkungen zur Debatte um Ethik und Manipulation im Fotojournalismus

12 **Digitale Augenzeugen**

13 **Scheindebatten ums Urheberrecht**
Gespräch mit dem Juristen und langjährigen ver.di-Gewerkschaftssekretär Wolfgang Schimmel

13 **Der Ratgeber Selbstständige**

14 **Fotografen als Archivare**
Täglich die Herausforderung der digitalen Bilderflut managen

AKTUELL

4 **Tarifabschlüsse im öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

4 **Digital total?**
Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Internetgesellschaft

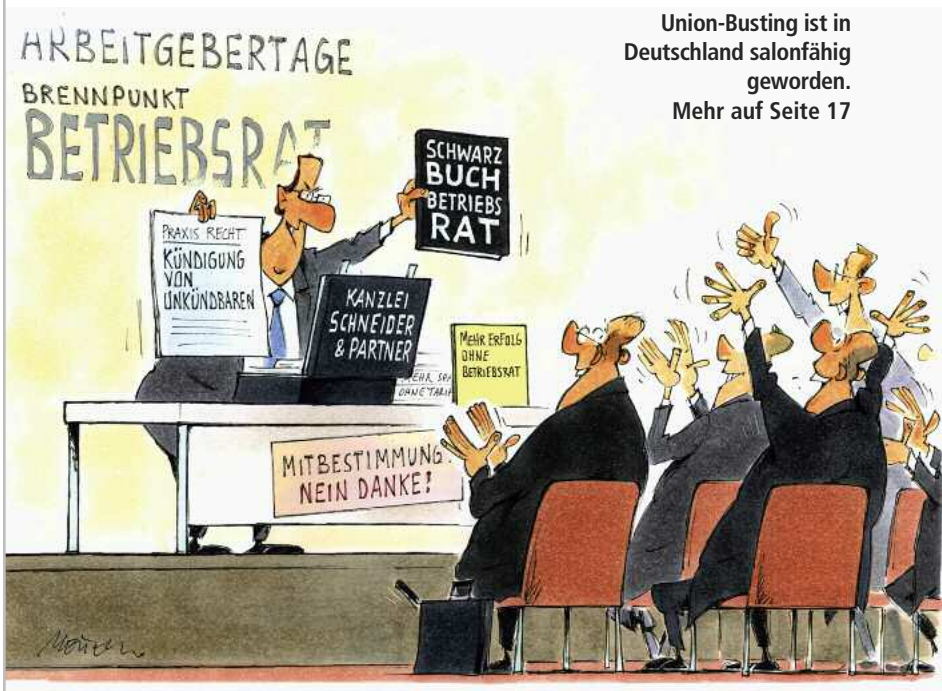
4 **Leipziger Literarischer Herbst**
Frankophon, politisch, streitbar

5 **Tolles Ergebnis für Frank Werneke**
Verbesserung der Bedingungen für Selbstständige – eine wichtige Aufgabe

6 **Mehr Mut von deutschen Verleihern gewünscht**
ver.di-Preisträgerfilm von Alexander Nanau feiert internationale Erfolge

7 **Zur Person: Alexander Nanau**
Toto And His Sisters
Freikarten für DOK Leipzig

7 **Grenzen und Identitäten**
Neue Chefin mit vielen Neuerungen beim Leipziger DOK Festival



Karikatur: Gerhard Mester

Union-Busting ist in Deutschland salonfähig geworden.
Mehr auf Seite 17

TARIFE + BERUF

15 **Künftig Arbeitnehmer**
Erstmalig ein Tarifvertrag für Gagenempfänger beim BR
16 **Freie sammeln Crossis**
Crossmedia Pilotprojekt in Wuppertal
17 **LiMA 2015: Union Busting**
Ein Blick auf Lobbyarbeit und PR gegen Gewerkschaften und Betriebsräte
18 **Rettungsanker Storytelling**
„Neue" Erzählform boomt – Authentizität bleibt zuweilen auf der Strecke
20 **ver.di FilmUnion bereitet Tarifverhandlungen vor**
20 **Redakteure frei gesprochen**
20 **Schon entdeckt? Taeglich.me**

MEDIEN + WIRTSCHAFT

21 **Journalismus nur noch auf Nachfrage**
Digitale Transformation bei der DuMont Mediengruppe mit drastischen Folgen
21 **Kampfansage**

MEDIEN + GESELLSCHAFT

22 **Eine Stimme geben**
Das Hamburger Abendblatt beschäftigt fünf Flüchtlinge als freie Mitarbeiter
23 **Funkhaus Europa – Refugee Radio**
23 **Stiftungen für Qualitätsjournalismus**
23 **Urheberrechte gestärkt**
24 **Unangenehme Fragen**
Streit über Alleintäterthese beim Reichstagsbrand – Spiegel-Story erneut kritisch gesehen

MEDIEN + POLITIK

26 **Durchbruch für DAB+?**
Fortsetzung der (fast) unendlichen Geschichte des Digitalradios

MEDIEN + INTERNATIONAL

28 **Inakzeptabler Druck**
BBC drohen drastische Einsparungen – Gewerkschaften werden nicht informiert
29 **Brasilien: Zunehmende Journalistenmorde**
29 **Missachtung der Pressefreiheit in Ägypten, der Ukraine, in Aserbaidschan und im Iran**

LEUTE / IMPRESSUM

30 **Leute**
30 **Impressum**

AKTUELL NOTIERT

Interessante Nachrichten und Berichte aus der Medienbranche – mehr zum Lesen zwischen den Print-Ausgaben auf der M-Website http://mmm.verdi.de/aktuell-notiert

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter: http://mmm.verdi.de/service

Grafik: Hermann Haubrich

Editorial

Foto: Christian v. Polentz

Den Finger auf der Wunde

Die Sicherung der Pressefreiheit und der Medienvielfalt seien große Themen im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie in den nächsten vier Jahren, betonte Frank Werneke auf dem ver.di-Bundeskongress in Leipzig. „Pressefreiheit ist auch durch staatliches Handeln in Gefahr", warnte er und verwies auf die Landesverratsvorwürfe gegen Journalisten bei netzpolitik.org. Er hat damit den Finger auf der Wunde. Die Politik, zumindest in Person von Bundesjustizminister Heiko Maas, denkt offenbar auch über Veränderungen nach. Maas hat zeitgleich auf dem Kongress der Zeitungsverleger in Regensburg das Beispiel der Strafverfolgung der Blogger genannt und sich dafür ausgesprochen, die „Beihilfe zum Landesverrat" per Gesetzesänderung straffrei zu stellen. ver.di und die dju bleiben in diesem Punkt am Ball – mit Frank Werneke an der Spitze, der mit einem tollen Ergebnis erneut zum ver.di-Vize und als Leiter des Bundesfachbereichs gewählt wurde (S.5).

Als weiteren Arbeitsschwerpunkt benannte Frank Werneke die Verbesserung der Einkommensbedingungen und der sozialen Sicherung von Selbstständigen. Dazu gehören auch viele Fotojournalisten, nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Stellenabbaus in Bildredaktionen. Auf der einen Seite sind die Anforderungen an Fotojournalistinnen und -journalisten aufgrund der digitalen Distributionsformen erheblich gestiegen. Auf der anderen Seite wird dem nicht etwa durch eine entsprechende Vergütung Rechnung getragen. Im Gegenteil, Verlage zwingen mit Buyout-Verträgen Fotografen in dramatische Existenznöte. Konkurrenz durch Amateurfotos und „preiswerte" Online-Bilderdienste sind weitere Faktoren, die das Einkommen schmälern und gleichzeitig die Debatte über die Qualität von Pressefotos ankurbeln sollten. In Konfrontationen mit nicht selten strafbar agierenden, aber unbehelligt bleibenden Demonstranten und der Polizei selbst, spiegelt sich auch hier die Notwendigkeit, im Ringen um Pressefreiheit nicht nachzulassen (Titel S. 8 bis 15).

Die nächste M-Ausgabe erscheint erst im Dezember. Bis dahin bereitet die Redaktion den Umstieg auf das neue hybride System einer modernen und digitalen Mitgliederzeitschrift für Medienschaffende ab Januar 2016 vor. Inzwischen immer mal wieder auf die M Website schauen!

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Foto: Mathias Thurm

Empfang der Arbeitgebervertreter zu den Verhandlungen über die ARD-Altersversorgung beim NDR in Hamburg

Tarifabschlüsse im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

In den letzten Wochen kam es in den vier ARD-Anstalten SWR, WDR, BR und MDR, beim Deutschlandradio sowie beim ZDF zu Tarifeinigungen. Beim WDR und beim MDR gab es im Vorfeld Streikaktionen, die ihre Wirkung nicht verfehlten. In den anderen Anstalten dauern die Verhandlungen an oder werden wie bei RBB und HR erst im Oktober aufgenommen.

Insgesamt bewegen sich die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Volumen des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst der Länder. Die von den Intendanten forcierte Verquickung der Vergütungsrunde mit den Verhandlungen über Altersversorgung konnte weitestgehend abgewehrt werden. Wenn auch nicht alle Forderungen von ver.di erfüllt wurden, so gibt es neben den generellen Erhöhungen der Gehälter und Honorare weitere Verhandlungserfolge. Beim Bayerischen Rundfunk ist es ver.di nach mehreren Runden jetzt wieder gelungen, eine Erhöhung der effektiv gezahlten Honorare zu erreichen. Gleiches gilt für das ZDF, dass zusätzlich zusicherte, dass diese höheren Honorare nicht bedeuten, dass sich das Auftragsvolumen verringert. ver.di ist es in dieser Tarifrunde auch gut gelungen, das Thema: Übernahme der Auszubildenden und Volontäre zu platzieren. Bei BR, SWR konnten bezogen auf die Übernahme Absichtserklärungen erreicht werden. Beim ZDF soll im Tarifvertrag eine Pflicht zur Übernahme fixiert werden.

Diese Ergebnisse konnten teilweise erst nach Aktionen und Arbeitskampfmaßnahmen erreicht werden. Sogar zu Beeinträchtigungen des Programmablaufs kam es am 18. September beim MDR, wo sich 250 Beschäftigte sehr engagiert an einem neunstündigen Warnstreik beteiligten.

Mit Pfiffen und Transparenten wurden die Arbeitgebervertreter zu den Verhandlungen über die Altersversorgung in der ARD am 2. September in Hamburg begrüßt. Deutlich zeigten die Demonstranten ihren Unmut über geplante Rentenkürzungen. Die nächste Runde findet am 8. Oktober in Berlin statt. wen ■

Links

http://rundfunk.verdi.de/sender

http://rundfunk.verdi.de/tarife-honorare/altersversorgung

Foto: WDR/Eva-Maria Milbrandt

Warnstreik bei WDR zur 3. Verhandlungsrunde am 8. September. Ergebnis: ein Tarifabschluss!

Zukunft

Digital total?

Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Internetgesellschaft

Eine medienpolitische Tagung von ver.di und DGB
am 15./16. Oktober 2015
beim Mitteldeutschen Rundfunk in Leipzig
www.rundfunk.verdi.de

Anmeldung unter:
rundfunk.verdi.de/service/veranstaltungen
Oder tinyurl.com/ok55gfs

Für Rückfragen: Martha Richards,
ver.di-Bundesverwaltung,
Tel. 030/6956-2325, martha.richards@verdi.de

19. Leipziger Literarischer Herbst Frankophon, politisch, streitbar

Ein kultureller Höhepunkt in Leipzigs Kalender wird neben den Veranstaltungen zum Stadtjubiläum „Leipzig 1000" der 19. Leipziger Literarische Herbst vom 20. bis 27. Oktober werden. Unter dem diesjährigen Motto LEIPZIG LIVRE prägen zeitgenössische französische Stimmen den literarischen Dialog. Dazu kommen rund 80 preisdekorierte, streitbare und charakterstarke Autor/innen aus dem deutschen Sprachraum zu Wort.

In einigen der 35 Veranstaltungen an 22 Orten der Stadt wollen die Veranstalter den Dialog über die Erwartungen an die neuen politischen und kulturpolitischen Bedingungen in der Europäischen Gemeinschaft anstoßen. Dazu gibt es u.a. eine Diskussionsrunde mit französischen Philosophen zum Thema Migration. Gast der Eröffnung ist der algerische Schriftsteller Boualem Sansal, der sich immer wieder gegen radikale Eiferer in der arabischen Welt positioniert.

Veranstalter des renommierten Lesefestivals ist der Verband deutscher Schriftsteller VS (Landesverband Sachsen) in ver.di in Zusammenarbeit mit dem Kulturwerk deutscher Schriftsteller in Sachsen e.V., dem Institut Français sowie zahlreichen Leipziger Institutionen und Vereinen. -gl ■

Tolles Ergebnis für Frank Werneke

Verbesserung der Bedingungen für Selbstständige – eine wichtige Aufgabe

Foto: Kay Herschelmann

Frank Werneke, bisheriger und neuer stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Bundesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie

Frank Werneke (48) ist auf dem vierten ver.di- Bundeskongress in seinem Amt als stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Leiter des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie bestätigt worden. 92,7 Prozent der rund 1000 Delegierten, die vom 20. bis zum 26. September in Leipzig die Weichen für die politische Arbeit von ver.di neu stellten, stimmten für Werneke.

In seiner Vorstellung kündigte er an, dass die Verbesserung der Einkommensbedingungen und der sozialen Sicherung von Selbstständigen einen wesentlichen Schwerpunkt seiner Arbeit in den kommenden vier Jahren darstelle. Soloselbstständigkeit als Erwerbsform nehme in Folge des digitalen Wandels in vielen Branchen an Bedeutung zu, weit über den Medienbereich hinaus. Und zwar nicht nur in Form erzwungener Scheinselbstständigkeit, sondern auch als selbstbewusst gewählte Form der Erwerbsarbeit. ver.di bringe alle die Vorausetzungen mit, auch in einer sich so verändernden Arbeitswelt, eine wichtige gewerkschaftliche Kraft zu sein.

Große Themen für seinen Fachbereich seien die Sicherung der Pressefreiheit und der Medienvielfalt: „Die Pressefreiheit ist auch durch staatliches Handeln in Gefahr", warnte Werneke. Das sei durch den Skandal um die Landesverratsvorwürfe gegen Journalisten von Netzpolitik.org deutlich geworden.

Als mindestens genauso bedrohlich bewertete er die ökonomischen Entwicklungen. In den vergangenen Jahren sei ein Drittel der Stellen in Redaktionen abgebaut worden. Noch massiver seien die Arbeitsplatzverluste in den Verlagsabteilungen und in der Technik. Der damit einhergehende Qualitätsverlust sei nicht von der Hand zu weisen, unabhängig vom Vertriebsweg. „Internetmedien, Smartphone oder Tablet – das Mediennutzungsverhalten verändert sich rasant. Das macht auch neue Modelle in der zukünftigen Finanzierung von Journalismus erforderlich", unterstrich Werneke.

Anders als die Verleger, denen immer nur einfiele, neue Steuerprivilegien zu fordern, trete ver.di dafür ein, unabhängigen Journalismus und die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten unmittelbar zu finanzieren, auch über eine öffentliche-rechtliche – aber staatsfern organisierte – Mitfinanzierung journalistischer Leistung, etwa im Rahmen öffentlicher Stiftungen. „Sicher führen entsprechende Modelle zu massivem Gegenwind seitens der Medienmanager. Aber es geht uns nicht darum, den Verlegern die Profite zu sichern", so der ver.di-Vize. Ziel sei vielmehr – über alle möglichen Wege – eine plurale Medienlandschaft zu erhalten bzw. neu zu schaffen. **Red.** ■

Anzeige

Für alle Mitarbeiter von MedienUnternehmen!

4,6 % p.a.

Jetzt betrieblich vorsorgen:
Berufsunfähigkeitsschutz ohne Gesundheitsprüfung möglich

Mehr Rente für die Medienbranche

Presse-Versorgung

Mehr Mut von deutschen Verleihern gewünscht

ver.di-Preisträgerfilm von Alexander Nanau feiert internationale Erfolge

Die 58. Ausgabe des Internationalen Leipziger Festivals DOK steht in den Startlöchern: Vom 26. Oktober bis 1. November 2015 treffen sich beim ältesten Dokfilmfestival der Welt wieder Filmemacher, Filmfans und wichtige Player der Branche. Die in Leipzig alljährlich zu vergebenden Goldenen und Silbernen Tauben sowie zahlreiche weitere Preise sind nicht nur Würdigung und Qualitätssiegel für die oft entbehrungsreiche Arbeit von Dokumentarfilmer/innen. Sie ebnen herausragenden Filmen im besten Fall den Weg auf die internationale Bühne und damit in die Kinosäle, zum großen Publikum.

Auch ver.di verleiht im Rahmen des Internationalen Wettbewerbs des DOK-Fetsivals seit vielen Jahren ihren mit 2.500 Euro dotierten Preis. Einen besonderen Riecher für außergewöhnliche, mutige Dokumentarfilme beweist die ehrenamtliche Jury immer wieder, so auch im letzten Jahr: Alexander Nanaus aufrüttelnde Dokumentation über das Leben von Roma-Kindern in einem Armenviertel von Bukarest „Toto And His Sisters" (Toto und seine Schwestern) war für die ver.di-Jury der herausragende und aus ihrer Sicht preiswürdigste Film des DOK-Jahrgangs 2014 – auch wenn die Internationale Jury einen anderen Wettbewerber mit der Goldenen Taube krönte.

„Alles richtig gemacht!" lautet ein knappes Jahr später der augenzwinkernde Kommentar des Filmemachers Alexander Nanau. Denn sein Film hat nach der Premiere beim Filmfestival in San Sebastian und dem ver.di-Preis in Leipzig seinen Weg gemacht: Er lief in den Wettbewerben namhafter internationaler Festivals weltweit von Rotterdam über Warschau, Tribeca, Zürich, Moskau, Melbourne bis Toronto und hat mittlerweile über 20 Preise eingeheimst. Kurz vor Redaktionsschluss kassierte Nanau auch noch „Heart of Sarajevo", den Preis für den besten Dokumentarfilm beim Sarajevo Film Festival und wurde von der Europäischen Film Akademie als Anwärter für den Europäischen Filmpreis 2015 nominiert.

In Frankreich geliebt und gefeiert. Doch die größten Erfolge feiert der gleichermaßen harte wie gefühlvolle Streifen in Frankreich. „Auf Grund wichtiger Preise in Frankreich haben wir jetzt einen französischen Verleih gefunden und kommen im November mit 40 Kopien in die Kinos", kann der Filmemacher berichten. Auch stünden die Chancen gut, dass „Toto And His Sisters" im französischen Fernsehen laufen und damit einem breiten Publikum zugänglich gemacht würde. „Das Publikum in Frankreich unterscheidet sich deutlich vom deutschen. Es ist viel kino- und dokaffiner", sagt Nanau. Mehr noch: Der in seinem Film gezeigte „Kinderclub" in Bukarest, in dem sein zehnjähriger Protagonist Toto und seine Schwestern aufgefangen werden, lernen und spielen können, stieß im Pariser Rathaus auf großes Interesse: „Die Verantwortlichen dort denken darüber nach, das Modell des Clubs nach Frankreich zu holen", berichtet der deutsch-rumänische Regisseur stolz.

Deutsche Verleiher defensiv. In Deutschland dagegen fällt das Echo vergleichsweise leise aus. Das liegt wohl auch an den Verleihern, die hierzulande sehr defensiv agieren: Obwohl Nanaus Film auch den renommierten SOS-Kinderdörfer-Preis auf dem Münchner Festival gewonnen hat, konnte sich bis jetzt kein Verleiher aufraffen, den Film in Deutschland in die Kinos zu bringen: „Sie glauben, dass das deutsche Publikum nur fröhliche Dokus sehen will und nicht fähig ist, sich mit härteren Stoffen auseinander zu setzen." Die Reaktionen in Leipzig und auf all den anderen Festivals waren jedoch andere. Deshalb wünscht sich Nanau „mehr Mut von den deutschen Verleihern!"

In viele andere Länder wurde „Toto And His Sisters" bereits verkauft, u.a. Schweden, Finnland, Italien, Schweiz oder Dänemark. In Deutschland war bislang nur RTL interessiert. Der Deutschrumäne lässt sich davon aber nicht beirren. Kontakt zu seinen jungen Protagonisten aus „Toto And His Sisters" hält er bis heute. Das widerlegt die Kritik, die bei der letzten DOK Leipzig aus der Internationalen Jury durchdrang: Nanau hätte die Kamera ausschalten und den Kindern helfen sollen. Dass er dies bis heute tut, dokumentiert der Regisseur auf der Facebook-Seite des Films. „Wir begleiten Toto und seine Schwestern jetzt seit fünf Jahren. Das hat ihnen mehr geholfen, als wenn ich die Kamera damals ausgemacht hätte." Toto ist mittlerweile 15, seine Schwestern Andrea und Ana 19 und 21 Jahre alt. Über seine Arbeit als Regisseur sagt er: „Die Arbeit läuft über eine menschliche Beziehung. Und wie in jeder Beziehung, ist der beste Partner der, der dich dazu bringt, du selbst zu sein. Und das ist meine Rolle: Eine Verbindung herzustellen, in der das Vertrauen so groß ist, dass die Menschen einfach sie selbst sind." Genau das ist ihm mit „Toto And His Sisters" großartig gelungen.

Mittlerweile steckt der 36jährige Filmemacher schon in einem neuen Projekt. An welchem Stoff er aktuell arbeitet, will er noch nicht verraten. „Aber vielleicht sieht man sich Ende Oktober beim DOK-Festival in Leipzig", sagt Nanau. Er ist als Mentor beim Documentary Campus des MDR dabei und auch als Consultant für andere Produktionen tätig. „So schließt sich der Kreis. DOK Leipzig ist eben auch Weltparkett", meint der Regisseur, wieder verschmitzt. „Ich wünsche der ver.di-Jury auch dieses Jahr ein gutes Gespür und so viel Entscheidungsmut wie 2014."

Gundula Lasch ■

Zur Person: Alexander Nanau

Foto: privat

Alexander Nanau wurde 1979 in Bukarest als Angehöriger der deutschen Minderheit geboren und kam 1990 mit seinen Eltern nach Deutschland. Er studierte Filmregie an der Film- und Fernsehakademie Berlin. Sein erster Dokumentarfilm „Peter Zadek inszeniert Peer Gynt" war auf vielen internationalen Filmfestivals und lief später in den Kinos in Deutschland und Österreich.

Bekannt wurde Nanau, als er 2010 für seinen Dokumentarfilm über einen obdachlosen Collagekünstler „The World According to Ion B." den Emmy Award, den wichtigsten Fernsehpreis der Welt, erhielt. 2014 folgte „Toto And His Sisters".

Fotos: DOK Leipzig

Toto And His Sisters

Drei Geschwister im Getto von Bukarest. Die Mutter sitzt wegen Drogenhandels im Knast. Der Vater ist verschwunden. Der Onkel, der sich um die Kinder kümmern soll, verwandelt die Wohnung in einen Junkie-Treffpunkt … Der zehnjährige Totonel, der Jüngste dieser zerrissenen Familie, findet in einem „Kinderclub" Zuflucht. Eine neue Welt, die ihn willkommen heißt, fördert und durch Ausbildung einen Weg aus dem Albtraum weist. Toto lernt tanzen. Er und seine Schwestern versuchen, sich von Drogen fernzuhalten.

Während der Dreharbeiten organisierte Nanau Kameraworkshops mit den Jugendlichen im Club; Teile des Films bestehen aus Videomaterial, das Totos Schwester Andrea selbst gedreht hat. Der Film zeigt Möglichkeiten auf, dem vorgezeichneten Schicksal ein Schnippchen zu schlagen. Das macht aus dem manchmal sehr düsteren einen überraschend hoffnungsvollen Film.

Grenzen und Identitäten

Neue Chefin mit vielen Neuerungen beim Leipziger DOK Festival

Ungefähr 150 der rund 3.000 eingereichten Filme aus 119 Ländern schafften den Sprung ins Festivalprogramm des 58. Internationalen Leipziger Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm vom 26. Oktober bis 1. November. Mit etwas über 2.000 Produktionen waren Dokumentarfilme unter den Einreichungen am stärksten vertreten, daneben erreichten rund 400 Animationsfilme und knapp einhundert animierte Dokumentarfilme die Leipziger Auswahlkommission. Erstmals bewarben sich auch rund 60 interaktive Arbeiten

Festivalintendantin Lena Pasanen

wie Webdokus, Apps oder Virtual-Reality-Games für eine Festivalteilnahme. DOK Leipzig will digital gestützte Erzählformen fördern und wird diesen Projekten außerhalb der Wettbewerbe einen besonderen Platz einräumen. Mit der neuen Festivalintendantin, der Finnin Leena Pasanen, stehen einige Neuerungen an – eine der wichtigsten ist die Zusammenlegung der Wettbewerbe von Dokumentar- und Animationsfilm. Erstmals sind lange Animationsfilme zugelassen. Die Aufhebung der Grenzen zwischen den Filmgenres spiegelt auch das diesjährige Leitmotiv der Retrospektive „Grenzen und Identitäten" wider. Es zieht sich durch zahlreiche Sonderprogramme.

Im vergangenen Jahr erreichte das Festival mit 43.700 Zuschauern in den Kinosälen einen neuen Besucherrekord. -gl ■

Freikarten für DOK Leipzig

Preisfrage: Welchen Film zeichnete ver.di 2014 aus?

Im Rahmen der diesjährigen DOK Leipzig vom 26. Oktober bis 1. November verlost die ver.di FilmUnion unter den Einsendern an berlin@connexx-av.de:

3 VIP Einladungen zur Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung mit anschließendem Empfang und Party
sowie
3 Freiakkreditierungen
20 Einzelkarten

Einsendeschluss ist am 16. Oktober 2015. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Mehr Informationen

+ Sobald „Toto And His Sisters" im Verleih ist, wird der Film ver.di-Mitgliedern über DVD oder Video On Demand zugänglich gemacht.

+ Trailer: https://vimeo.com/107710035

+ Facebook-Seite:
https://www.facebook.com/pages/Toto-and-His-Sisters/353850531448673?fref=ts

Sinkende Honorare, Stellenabbau in Bildredaktionen, Konkurrenz durch Amateure und Online-Bilderdienste, bedrohliche Konfrontationen, sei es mit der Polizei oder mit Nazis – die sich wandelnde Arbeitswelt fordert von Fotojournalisten Durchhaltevermögen und Kreativität, fördert mitunter Wut und Resignation. Während sich die einen an die veränderten Zustände anzupassen versuchen und Wege finden, trotz allem ein Einkommen zu sichern, tun andere sich zusammen und ändern die Bedingungen.

Von Astrid Sauermann

Fotojournalisten zwischen Abzug und Multimedia

Die Verlage verkleinern ihre Bildredaktionen, wie kürzlich die *Auto-Bild*, die im August zahlreiche *Bild*-redakteure vor die Tür gesetzt hat. Nur noch wenige Fotojournalisten sind fest angestellt, die meisten arbeiten frei, so die Beobachtung der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di. Etwa ein Drittel der freien Journalistinnen und Journalisten bezeichnet sich als Bildjournalist. Allerdings sind das nicht nur jene, die klassischen Fotojournalismus betreiben, darunter auch zunehmend Vertreterinnen und Vertreter der ursprünglich schreibenden Zunft, stellt Cornelia Haß, Geschäftsführerin der dju, fest.

Reine Bildjournalisten gibt es nur noch wenige. Angesichts sinkender Bildhonorare, so Cornelia Haß, erscheint das aus betriebswirtschaftlicher Sicht nachvollziehbar. Darüber hinaus sei die digitale Bildtechnik Grund für die zunehmende Vermischung von Wort- und Bildjournalismus. Auch für Amateure ohne professionelle Ausrüstung ist es möglich, Bilder zu produzieren, die den Ansprüchen der Redaktionen genügen. „Für Fotojournalisten bleibt immer weniger übrig", sagt Haß.

Dabei sind die Anforderungen an Bildjournalisten gestiegen. Sie sollen nicht mehr nur einen Abzug eines Fotos abliefern, sondern ihre digital geschossenen Bilder bearbeitet für die Print- und Online-Nutzung zur Verfügung stellen und am liebsten auch noch Multimedia-Produkte liefern. (Interview mit Wolfgang Schimmel S. 13) Mit Buyout-Verträgen zwingen

Foto: Hermann J. Haubrich

Verlage die Fotografen in eine dramatische Existenznot: Mehrfachnutzungen werden nicht vergütet, gegen häufig zu geringe Pauschalhonorare müssen sie alle ihre Nutzungsrechte abtreten.

Ohne zusätzliche Aufträge aus Werbung und PR ist für viele Fotografen deshalb das berufliche Überleben nicht mehr gesichert. „Fotografen sehen sich zunehmend gezwungen, ihre Bilder an den Anforderungen der PR auszurichten", stellt Cornelia Haß fest. „Die Welt durch die PR-Brille betrachtet sieht aber ganz anders aus als aus einem journalistischen Blickwinkel."

Diese Entwicklungen mögen verheerend sein, aus Sicht von Elke Grittmann, Professorin an der Leuphana Universität in Lüneburg (S.10), sind sie aber logisch. „Unter den Bedingungen der Digitalisierung und einer neoliberal geprägten Globalisierung befindet sich der Fotojournalismus im Umbruch." Ökonomische Grundlagen, Organisationsformen, Arbeitsweisen und vor allem digitale Distributionsformen – das alles seien Herausforderungen, die eine breite Debatte nötig machen.

Gefahr für die Glaubwürdigkeit

Debatten über Fotojournalismus erreichen aber vor allem dann die Öffentlichkeit, wenn es um Bildmanipulation geht, wie im Nachgang des World-Press-Photo-Award 2015. Dort werden jedes Jahr die besten Pressefotos ausgezeichnet. Im letzten Jahr jedoch wurden zahlreiche Fotos von der Teilnahme ausgeschlossen, weil sie nachträglich bearbeitet worden waren und deshalb nicht den journalistischen Ansprüchen genügten. Einem für seine Bilderserie prämierten Fotografen wurde nachträglich der Titel aberkannt, weil die Bildunterschriften verfälschend waren. Einige der Bilder waren zudem inszeniert. Technisch steht der Veränderung von Bildern nichts im Wege. Die Wertung aber, welche Bearbeitung akzeptiert, welche rechtlich zulässig und welche moralisch verwerflich ist, befindet sich oft in einer Grauzone. In einem Positionspapier stellt Freelens klar, pauschale Regeln könne es nicht geben: „Es gibt nicht das eine objektive Foto, das die Wahrheit einer Geschichte zeigt, ebenso wenig wie die eine starre Regel, die universell anwendbar ist und zu ethisch korrekten Entscheidungen führt."

Wenn Freelens die Verantwortung nur bei den Fotografen selbst sieht, und Positionen zu der Zulässigkeit von Bearbeitungen festzuschreiben versucht, droht allerdings das eigentliche Problem aus dem Blickfeld zu geraten: Arbeitsbedingungen, Bezahlung und die Verantwortung der Redaktionen als Auftraggeber werden in dem Positionspapier nicht einmal am Rande erwähnt. Felix Koltermann, Fotograf und Wissenschaftler aus Erfurt, wagt auf Seite 12 einen anderen Blick auf dieses Thema.

Einschränkung der Pressefreiheit

Die Debatten, die Grittmann fordert, müssten angesichts aktueller Vorfälle aber eher um existentiellere Probleme des Journalismus geführt werden: Die Einschränkung der Pressefreiheit durch die Be- und Verhinderung der Arbeit von Fotojournalisten. Immer wieder berichten Fotografen von Übergriffen bei Demonstrationen, etwa bei den Pegida-Aufmärschen, oder von Polizisten, die anstatt die Pressefreiheit zu verteidigen lieber das (vermeintlich bedrohte) Persönlichkeitsrecht von Nazis schützen. Anfang September erst bekam der Fotograf Nick Jaussi zu spüren, was die sächsische Polizei schützenswert findet – und was nicht. Während der rassistische Mob vor den Flüchtlingsunterkünften in Heidenau „Heil Hitler" skandierte, wurde der Fotograf von drei Polizisten festgehalten. Er habe Porträtaufnahmen angefertigt, was nicht erlaubt sei, führten diese als Vorwand für den Übergriff an.

Fotografen sind in Situationen wie diesen besonders verletzlich. Im Gegensatz zu Wort-Journalisten können sie nicht in der Menge untergehen, sie sind identifizierbar. Ihre Fotokamera lässt sich nicht verstecken. Welche Eindrücke sie einsammeln, ist auch für Umstehende erkennbar. Doch nicht nur bei Demonstrationen wird die Pressefreiheit eingeschränkt.

Foto: Christian Ditsch

Während der rassistische Mob vor den Flüchtlingsunterkünften in Heidenau unbehelligt „Heil Hitler" skandierte, wurde der Fotograf Nick Jaussi von drei Polizisten festgehalten.

Zum Alltag von Fotografen gehören inzwischen auch strenge Auflagen der Veranstalter bei Konzert- und Sportveranstaltungen, die eine unabhängige journalistische Arbeit oft unmöglich machen.

Anspruch scheitert an Realität

Im scheinbaren Widerspruch zu den Arbeitsbedingungen steht der Anspruch, den Fotografen wie die des Hannoveraner Kollektivs attenzione formulieren: Fotojournalisten müssten sich „in Ruhe mit einem Thema beschäftigen, sich einarbeiten, um dann genau und interessant zu berichten", sie müssten „mit ihren Bildern Geschichten erzählen, auf Besonderes hinweisen, aufklären". Davon jedoch, stellt attenzione resigniert fest, kann keiner leben, denn „Buchhalter bestimmen die Marschrichtung der Redakteure" (siehe auch S.11).

Dass Fotojournalisten auch Aufträge aus Werbung und PR übernehmen, nebenbei als Hochzeitsfotografen arbeiten oder auf anderen Wegen Einnahmen sichern, die der Fotojournalismus allein nicht gewährleisten kann, gilt als Normalität.

„Es ist den Medien einfach nicht mehr wichtig, mit fotojournalistischen Geschichten zu überzeugen und damit ja auch in die Gesellschaft zu wirken", so attenzione. „Es ist ihnen und den Konzernen dahinter nur wichtig, eine möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften."

Daran ändert auch eine September-Ausgabe der *Bild* nichts, die ohne Bilder erschien, um auf die Wichtigkeit und Macht der Bilder hinzuweisen. Zwar wurde dadurch eindrucksvoll demonstriert, wie sehr gerade eine Zeitung wie *Bild* auf Fotos angewiesen ist. Doch dass ausgerechnet dieses Blatt den Wert der Fotos in einer derart drastischen Form thematisiert, dürfte auf Fotojournalisten wie blanker Hohn wirken. Denn der Springer-Verlag verlangt von Fotografen seit 2007 die Übertragung aller Rechte an den Verlag bei einer einmaligen Honorarzahlung.

Nicht zu Billigheimern machen lassen, untereinander verständigen

Dass es anders geht, zeigen die Foto-Freien der Deutschen Presse Agentur dpa. Unter dem Motto „Wir liefern nicht" haben sie im Juni ihren Forderungen nach einer gerechteren Vertragsgestaltung, der Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf Urlaubsgeld für arbeitnehmerähnliche Freie sowie einer Erhöhung der Honorare Nachdruck verliehen. Jetzt befinden sich die Gespräche auf der Zielgeraden, derzeit sind unter anderem pauschale Honorarerhöhungen für alle, Pauschalisten sowie „freie Freie" angepeilt, um zu verhindern, dass die eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wird. „Wir sind auf einem guten Weg für die Foto-Freien bei dpa. Das ist wesentlich der Aktionsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken. Sie haben ein starkes Signal gesetzt", so Haß. Das zeige: Es lohne sich für Freie und auch für Fotografen, sich zusammenzuschließen und gemeinsam für bessere Bedingungen zu kämpfen. Ihr Tipp an die Fotografen: „Sich nicht zu Billigheimern machen lassen. Gute Preise nehmen und sich dazu untereinander verständigen, Netzwerke bilden, die den freien Fall aufhalten. So, und nur so setzen sich gute Fotografen und gute Preise durch."

Gerade auf lokaler Ebene sollten sich Fotografinnen und Fotografen zusammenschließen und abstimmen: Wie viel wird für ein Foto gezahlt, wie steht es um Zweitverwertungsrechte? Werden zum Beispiel die bestehenden Vergütungsregelungen für Bildhonorare bei Tageszeitungen nicht eingehalten, sollten sie sich kollektiv weigern, Aufträge anzunehmen oder auszuführen – und Kontakte zu den betrieblichen Interessenvertretungen und der dju in ver.di knüpfen. „Wir haben mit diesem Vorgehen gute Erfahrungen gemacht", so Haß. „Jeder für sich und alle gegeneinander, das funktioniert nicht." ■

Wie reagieren auf Herausforderungen?

Foto: Privat

Jan-Timo Schaube, Fotograf und Mitglied im dju-Bundesvorstand

Nischen suchen

Es gibt unglaublich viele Themen und Geschichten, die recherchiert, dokumentiert und erzählt werden wollen und müssen. Die Verlage und Redaktionen zahlen aber immer weniger für Fotos. Dabei steigt die Anforderung an Fotojournalisten: Wir müssen nicht nur fotografieren können, sondern auch filmen, schneiden, vermarkten, Websites gestalten und vieles mehr.

Wichtig ist, sich Nischen zu suchen, also fotografische Bereiche, die gar nicht oder kaum bedient werden und in denen man weniger Konkurrenz hat. Hier muss aber gutes und konstantes Marketing betrieben werden. Damit man nicht Gefahr läuft, von einzelnen Themen abhängig zu sein, sollte man neben den Nischen aber immer noch breitere Themenbereiche abdecken. Gut ist auch, sich ein Standbein außerhalb des Fotojournalismus aufzubauen. Ich fotografiere zum Beispiel auch bei Hochzeiten oder anderen Events.

Foto: Privat

Janina Rahn, Fotojournalistin

Weiterbilden

Es wird immer schwerer, von den niedrigen Honoraren zu leben. Redakteure sind schon vor Ort und können mal eben schnell ein Bild knipsen. Leider gibt es auch immer wieder Leute, die umsonst oder für 10 Euro ihre Bilder an den Verlag verkaufen und so den Preis senken. Bilder kann in Zeiten der Smartphone-Fotografie ja auch jeder machen. Vielen Verlagen scheint ziemlich egal zu sein, wie schlecht das Bild aussieht. Hauptsache es gibt ein Bild und es erhöht die Klickzahlen. Ich habe Glück, weil dem Verlag, für den ich arbeite, die Qualität der Bilder wichtig ist. Trotzdem merke ich, wie immer mehr verlangt wird für das gleiche Honorar. So werden Bilder für den Online-Auftritt genutzt, ohne sie zusätzlich zu bezahlen.

Ich versuche, mir mehrere Auftraggeber zu suchen und nicht nur für einen Zeitungsverlag zu arbeiten. Außerdem bilde ich mich im Bereich Video bzw. Multimedia weiter und will demnächst kleine Projekte verwirklichen, damit ich Online-Redaktionen etwas anbieten kann. Alle Verlage schauen ja jetzt immer mehr Richtung online.

Foto: Privat

Die Attenzione-Fotografen Mark Mühlhaus, Roland Geisheimer und Janko Woltersmann mit einem D-Day Veteran in der Normandy 2014

Prof. Elke Grittmann, Wissenschaftlerin

Neue Wege gehen

Die Situation und Zukunft des Journalismus wird seit Jahren unter den Bedingungen der Medienkrise und Medienkonvergenz breit diskutiert, dabei wird die Situation des Fotojournalismus weitgehend ignoriert. Der Fotojournalismus befindet sich im Umbruch.

Die mediale Durchdringung aller Alltagsbereiche, wie sie gerade in westlichen Gesellschaften zu beobachten ist, hat auch Folgen für die Entwicklung des Fotojournalismus. Die Aufmerksamkeit muss sich der Fotojournalismus, wie der Journalismus insgesamt, mit den Produkten aus diesen neuen, digital basierten Medienpraktiken teilen. Diese Konkurrenz hat ökonomische Folgen. Andererseits ist der Ort der dokumentarischen Fotografie nicht mehr allein das klassische Printmedium und schon gar nicht im nationalen Markt. Nicht nur die traditionellen Medien experimentieren mit neuen Formen von Bild und Text, gerade Fotojournalisten selbst haben die dokumentarische Fotografie weiterentwickelt, sich neuen Themen geöffnet, international vernetzt, sie arbeiten an neuen multimedialen Erzählformen, neuen ästhetischen Ausdrucksformen des Dokumentarischen, Präsentationsformen, neuen Formen der Finanzierung und der Verbreitung. Eine einfache, gar pauschale Lösung ist hier nicht in Sicht, aber es gilt, diese Wege weiter zu verfolgen und zu diskutieren.

Elke Grittmann (Hrsg.): Global, lokal, digital: Fotojournalismus heute

Herbert von Halem Verlag, Köln 2008, 329 Seiten, 29,50 Euro, ISBN: 978-3-938258-64-4

Foto: Mascha Brichta

attenzione photographers: Mark Mühlhaus, Roland Geisheimer und Janko Woltersmann

Zusammenschließen

Für fotojournalistische Arbeit gab es noch nie viel Geld. Es ist eine Sache, Geschichten im Nachhinein zu verkaufen. Eine ganz andere ist es, wenn Verlage oder Redaktionen Fotografen die finanzielle und zeitliche Freiheit geben, sich in Ruhe mit Themen zu beschäftigen. Das bezahlt kein Medium mehr in Deutschland. Die Gründe dürften vielschichtig sein: Mangelnde Wertschätzung für die Fotografie, Buchhalter statt Redakteure, die die Marschrichtung der Redaktionen bestimmen etc.

Die Frage, ob das was mit Konkurrenz, Preisdumping oder fotografierenden Amateuren bzw. Nachrichtenagenturen zu tun hat, können wir klar mit nein beantworten. Es ist den Medien einfach nicht mehr wichtig, mit fotojournalistischen Geschichten zu überzeugen und damit ja auch in die Gesellschaft zu wirken. Es ist ihnen und den Konzernen dahinter nur wichtig, eine möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften. Die Zeiten, wo Verleger noch ein verlegerisches Interesse verfolgten, sind längst vorbei.

Wir, die Mitglieder von attenzione photographers, erarbeiten unsere Fotogeschichten frei und besorgen uns das nötige Geld durch andere fotographische Aufträge im Bereich Werbung und Corporate – oder durch Foto-Seminare.

Dass wir das schon so viele Jahre durchhalten, immer wieder losziehen, um ein Thema allein oder zusammen zu bearbeiten und, ganz wichtig, diese Geschichten auch zu zeigen, schaffen wir, weil wir uns gegenseitig unterstützen. Wir arbeiten an unserer Qualität, reden sehr offen über unsere Bilder und helfen uns gegenseitig zu planen – egal ob das die Reise nach Syrien ist oder eine Ausstellung in Hamburg. So wie ein Text gelesen werden muss, um etwas zu bewegen, so müssen Bildergeschichten gezeigt werden. Andere Meinungen sind wichtig, gerade bei selbstverliebten Fotografen. Wir brauchen Kollegen, die uns offen ihre Meinung zu unseren Bildern sagen, die uns unterstützen in technischen wie inhaltlichen Herausforderungen. Eine Gruppe also, die zusammen etwas wuppt.

Die Menschen da draußen wollen erreicht werden. Wenn es kein anderer finanziert, musst du es halt selbst tun. Dich zum Billigheimer zu machen, bringt dabei – zumindest langfristig – gar nichts. Wir als attenzione photographers machen uns nicht billig. Wir gehen los und fotografieren unsere Geschichten. Danach zeigen wir sie. Und um das zu können, muss man mit Gruppen, Institutionen oder Stiftungen zusammen arbeiten, die das auch gut finden, über was man da berichtet. Auch über Crowdfunding haben wir uns schon die finanziellen Mittel organisiert, um eine Ausstellung und dazu eine Bilder-Zeitung zu realisieren. Das hätte keiner von uns allein geschafft. Dafür ist es gut, ein Fotografenkollektiv zu sein.

Handbuch des Fotojournalismus

Mit diesem Handbuch schließt der dpunkt Verlag eine wichtige Lücke auf dem Buchmarkt. Der Band liefert einen spannenden Einblick in die alltägliche Praxis des zeitgenössischen Fotojournalismus. Über Interviews und Porträts werden Fotografen verschiedener Ressorts und ihre Arbeitsweisen vorgestellt. Die Entstehungsgeschichten einzelner Bilder veranschaulichen Herausforderungen und Problemstellungen fotojournalistischer Praxis. Dabei wird der Bogen von der Reportage-, über die Lokal- und Kriegs-, bis hin zur Stockfotografie gespannt. Abgerundet wird der Band durch Gespräche mit Bildredakteuren, Verbandsfunktionären und Hochschullehrern. Die beiden Autoren Lars Bauernschmitt und Michael Ebert unterrichten an der Hochschule Hannover angehende Fotojournalisten und waren selbst lange Jahre in der Praxis tätig.

Lars Bauernschmitt / Michael Ebert
Handbuch des Fotojournalismus. Geschichte, Ausdrucksformen, Einsatzgebiete und Praxis
dpunkt Verlag, Heidelberg 201
448 Seiten, 39,90 Euro
ISBN: 978-3-89864-834-9

Geteilte Verantwortung

Anmerkungen zur Debatte um Ethik und Manipulation im Fotojournalismus

Noch nie spielte das Thema Visualisierung im Journalismus eine so große Rolle. Damit ist auch das Thema Verantwortung im Fotojournalismus aktueller denn je. Beim World Press Photo Award wurden dieses Jahr allein 22 Prozent der Bilder wegen zu starker Bildbearbeitung abgewiesen. Die Wochenzeitung Die Zeit nahm dies Anfang Juli zum Anlass, mit dem provokanten Titel „Glauben Sie nicht, was Sie sehen!" aufzumachen. Stehen wir damit kurz vor einer ethischen Bankrotterklärung des Fotojournalismus und einem Bedeutungsverlust professioneller Augenzeugenschaft?

Unbestreitbar ist, dass die rasanten technischen Entwicklungen sowie die großen Umwälzungen auf dem Medien- und Bildermarkt eine Situation geschaffen haben, die eine neue Diskussion professioneller Verantwortung im Fotojournalismus notwendig machen. Der Fotojournalismus stellt heute ein extrem komplexes und vielschichtiges Berufsfeld dar, in das weit mehr Akteure als nur Fotografen und Bildredakteure involviert sind. Kaum ein überregionales Medium kommt heute z.B. ohne einen Art Director aus und Agenturen als Zwischenhändler bekommen eine immer größere Bedeutung.

Verschiedene Verantwortungsebenen. Trotz allem liegt der Fokus bildethischer Debatten bis heute meist auf der individuellen Verantwortung des Fotografen. In der Praxis sind es Individuen, die von Wettbewerben ausgeschlossen werden oder die ihre Jobs verlieren, wenn ihnen Manipulation nachgewiesen wird, wie im Fall des mexikanischen AP-Fotografen Narciso Contreras im vergangenen Jahr. Agenturen, Redaktionen und Medienunternehmen kommen dagegen meist ungeschoren davon, wenn es Skandale in ihren Häusern und Medien gibt. Das Schlimmste, was einem Medium beispielsweise in Deutschland bei bildethisch inadäquatem Verhalten widerfahren kann, ist eine Rüge des Deutschen Presserats.

Dabei reagieren Fotografen in ihrer Arbeit auf den Bildermarkt und seine Konventionen. Hinter den Fotografen stehen immer auch Auftraggeber mit eigenen Interessen und klaren Vorstellungen. So werden z.B. die Standards, an denen sich Fotoreporter orientieren, unter anderem von Wettbewerben wie dem World Press Photo Award und den Anforderungen der zentralen Akteure des Bildermarkts mit geprägt. Kaum ein Fotograf kann losgelöst von diesen Einflussgrößen agieren. Dies zeigt die große Verantwortung der den Markt beherrschenden Institutionen.

Hausgemachte Probleme. Viele bildethische Probleme vor allem in Bezug auf Grenzen der Bildbearbeitung sind hausgemacht und haben ihre Ursache unter anderem im Verschwimmen der Grenzen zwischen Fotojournalismus und kommerzieller Fotografie. Vor allem freie Fotografen sind aufgrund der schlechten Auftragslage meist sowohl im Fotojournalismus als auch in der kommerziellen Fotografie tätig. So ist es nicht verwunderlich, wenn sich auch die Ästhetik vieler beim World Press Photo Award eingereichten Bilder immer mehr der Werbung annähert. Klare Regeln für die Bildbearbeitung im Fotojournalismus, wie sie einige Agenturen bereits verabschiedet haben und die eine Abgrenzung von der ästhetischen Praxis anderer fotografischer Gebrauchsformen zum Ziel haben, sind hier notwendig.

Der Visualisierungszwang publizistischer Medien hat darüber hinaus dazu geführt, dass Fotografien immer weniger als journalistisches Produkt denn zur reinen Visualisierung eingesetzt werden. Damit treten immer öfter Probleme der Kontextualisierung auf. Dies zeigt sich beispielsweise auch an assoziativen statt sachlichen Bildunterschriften. Hier macht sich der fehlende Kontakt zwischen den Fotografen und den Bildredaktionen bemerkbar, was vor allem in der Nachrichtenfotografie heute den Normalfall darstellt. Im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit des (Foto-)Journalismus muss hier eine größere Sorgfalt an den Tag gelegt werden.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor sind auch die Auswirkungen prekärer Arbeitsverhältnisse in Folge der weltweiten Medienkrise. Immer weniger Geld steht für zeit- und kostenintensive qualitativ hochwertige fotojournalistische Arbeit zur Verfügung. Dies gilt auch für den Bereich der Bildredaktion. Wenn wie im Lokaljournalismus die Bildauswahl von den Textredakteuren übernommen wird und Magazine ihre Bildredaktionen verkleinern oder gleich ganz outsourcen, gehen Erfahrungen und medienspezifisches Bildwissen verloren. Das erschwert die Entwicklung bildethischer Standards auf Seiten der Bildredaktionen.

Die wichtigste Funktion des Fotojournalismus ist und bleibt die professionelle Augenzeugenschaft. Journalistische Bilder machen nur dann Sinn, wenn diese erhalten bleibt. Ansonsten drohen Bilder in journalistischen Medien zu belanglosen Visualisierungstools zu verkommen. Dies muss verhindert werden, wenn der Fotojournalismus in Zukunft seine gesellschaftspolitische Bedeutung nicht verlieren soll. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist verantwortungsvolles Handeln aller am Prozess der Bildkommunikation Beteiligten.

Felix Koltermann ■

Nachträgliche digitale Bildbearbeitung.

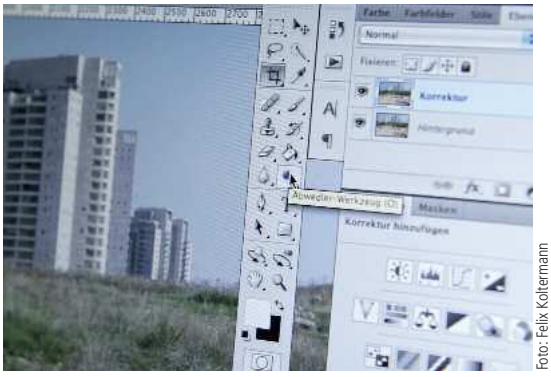


Foto: Felix Koltermann

Digitale Augenzeugen

Holger Isermann untersucht in seiner Dissertation den Umgang journalistischer Medien mit Amateurbildern. Dies geschieht anhand verschiedener Ereignisse wie der Ermordung der Iranerin Neda Agha-Soltan, dem Folterskandal in Abu Ghraib oder dem Tod des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi. Im Vordergrund steht dabei die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Authentizität als der zentralen Leitidee des professionellen Bildjournalismus. Isermann weist nach, wie Amateure bei Schlüsselereignissen die Funktion des Augenzeugen übernehmen können. Anhand der visuellen Berichterstattung deutscher Medien über den Syrienkrieg zeigt er des Weiteren auf, wie im Prozess der Bildkommunikation Amateurbilder durch die Verbreitung über Agenturen „professionalisiert" werden.

Holger Isermann
Digitale Augenzeugen. Entgrenzung, Funktionswandel und Glaubwürdigkeit im Bildjournalismus,
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2015,
395 Seiten, 49,95 Euro,
ISBN: 978-3658082185

Scheindebatten ums Urheberrecht

Der Jurist und langjährige ver.di-Gewerkschaftssekretär Wolfgang Schimmel über die vermeintlichen und tatsächlichen Probleme von Fotojournalistinnen und Fotojournalisten

M | Was sind zurzeit die drängendsten juristischen Fragen und Probleme, mit denen sich Fotografen konfrontiert sehen?

Wolfgang Schimmel | Wenn man zurzeit in die Gazetten schaut, könnte man meinen, es wären der beleuchtete Eiffelturm und die Currywurst als urheberrechtliche Problemfälle, die Sorgen machen. Zum einen also die viel diskutierte Panoramafreiheit (siehe M 4.2015, S.6) für die der Eiffelturm zum Symbolbild geworden ist. Zum anderen Abmahnungen, die denen ins Haus flattern könnten, die im Restaurant ihr Essen fotografiert und online gestellt haben. Auch angerichtetes Essen könne urheberrechtlich geschützt sein, sagen die einen. Ich sage: Das sind Schauermärchen für diejenigen, die alles, was vor die Linse des Telefons kommt, auch gleich an ihre „Freunde" oder die ganze Menschheit „posten" müssen. Dass professionell arbeitende Fotografen mit derlei Motiven ernsthafte Schwierigkeiten hatten, ist mir nicht bekannt. Profifotografen – also solche, die von ihrer Arbeit leben wollen – werden sich angesichts sinkender Honorare, massiver Konkurrenz und Schleuderpreisangeboten etlicher Agenturen eher fragen, wie sie von ihrem erlernten Beruf künftig leben können – woher also das Geld für die Currywurst kommt.

Und warum dann die Aufregung über Panoramafreiheit und Essensbilder?

Da wird die Sorge um Klein Fritzchen vorgeschoben, der ja vielleicht wegen des abgelichteten gastronomischen Kleinkunstwerks einen Brief von einem der bösen „Abmahnanwälte" bekommen könnte. Es geht darum, dem Publikum weiszumachen, wie schlimm und hinderlich doch dieses ganze Urheberrecht ist. Das funktioniert in der „Netzgemeinde" blendend, manchmal auch bei Journalisten, die vergessen, dass der urheberrechtliche Schutz ihrer Arbeitsergebnisse – in Wort und Bild – letztlich die Basis ihres Einkommens ist.

Früher haben Zeitungen Bilder von Fotografen einmalig abgedruckt und Honorar dafür gezahlt. Was hat sich in der Foto-Nutzungspraxis von Verlagen geändert?

Nun ja. Der einmalige Abdruck war auch früher nicht die zwingende Regel. Dass Verlage Fotos wiederholt abdrucken durften, war nicht unüblich. Das hieß damals „Ankauf für das Archiv", weil der Verlag den Abzug bezahlte und behalten durfte. Abzüge – Fotos auf Papier – gibt es nicht mehr. Die entscheidende Änderung liegt darin, dass früher üblicherweise für jeden Abdruck Honorar gezahlt wurde und heute eben nicht mehr. Für das dauerhafte Speichern der Bilddaten, die heute Abzüge ersetzen, zahlt ohnehin niemand etwas. Das macht man einfach. Nebenbei soll zumeist mit einem – in Ziffern 1 – Honorar auch noch die Nutzung im Internet abgegolten sein, einem Honorar übrigens, das früher zumeist für den einmaligen Abdruck in der Zeitung bezahlt wurde. Es gab einmal die Forderung nach einem „Online-Zuschlag", die heute schon fast vergessen ist. Den Zuschlag gab es nur selten bis nie. Und weil in Deutschland die Pressevielfalt von ein paar Großkonzernen realisiert wird, soll natürlich auch die Nutzung durch alle Blätter der jeweiligen Konzerne damit bezahlt sein. Dafür sind die Honorare obendrein zumeist nie angemessen erhöht worden, also kaufkraftbereinigt gesunken. Das sind keine guten Nachrichten, Fritzchens fiktive Abmahnung wegen eines Selfies vor dem nächtlichen Eiffelturm ist da schon hübscher. Den Fotografen hilft eine solche Debatte nicht.

Wie können Fotografen darauf reagieren? Worauf müssen sie achten?

Verträge sollten genau geprüft werden: Was ist dem Verlag erlaubt, was steht da zur Online-Nutzung? Ratgeber und Informationsbroschüren helfen dabei, etwa die Informationsbroschüre für Honorare oder der Ratgeber für Selbständige, die bei ver.di erhältlich sind. (http://www.mediafon.net/ratgeber.php3#rg_) Und falls dann doch das Kind in den Brunnen gefallen sein sollte, hilft der gewerkschaftliche Rechtschutz.

Und was, wenn Fotograf/innen ihre Bilder selbst online stellen und z.B. bei Facebook und Co verbreiten?

Erst einmal bitte nicht auf den Etikettenschwindel hereinfallen: Wo „soziale Medien" draufsteht, steckt ein bretthartes Geschäftsmodell dahinter. Also gilt auch hier der Rat, sich erst einmal die Geschäftsbedingungen dieser Plattformen anzusehen. Der üble Normalfall ist, dass der Plattformbetreiber Rechte am Bild erwirbt, damit auch noch Lizenzgeschäfte machen darf – und natürlich nichts zahlt. Es mag sein, dass diese Konditionen akzeptabel sind, wenn die Präsenz auf der Plattform einen positiven Werbeeffekt hat. Zu verdienen ist hier in aller Regel nichts. Wer seine Fotos verschenken will, darf das tun. Dass er damit anderen Fotografen möglicherweise die Preise kaputt macht, muss er mit sich selbst ausmachen. Wer etwas verschenken will, könnte aber jedenfalls überlegen, ob Mark Zuckerberg nun gerade derjenige ist, der auf anderer Leute Großzügigkeit angewiesen ist. Und was er jemals mit den Rechten (für den Aktienkurs sind die allemal gut) an einer Unmenge von Fotos anfangen wird, weiß niemand – ob das im Sinne der Spender ist, erst recht keiner.

Interview: Astrid Sauermann ■

Der Ratgeber Selbstständige

Die 220-seitige Druckausgabe des „Ratgeber Selbstständige" enthält alle Grundlagentexte unseres Online-Ratgebers und damit alle wesentlichen Informationen für den beruflichen Alltag. Weil sich diese Grundlagen nur bei großen gesetzlichen Reformen ändern werden, ist diese Auflage aus dem Jahr 2011 auch in 2015 noch aktuell. Sie bietet einen aktuellen, umfassenden Überblick zu den Alltagsthemen von „Selbstarbeitern" aller Berufe.

http://www.mediafon.net/ratgeber.php3#rg_buch

Fotografen als Archivare

Täglich die Herausforderung der digitalen Bilderflut managen

Der Redner gestikuliert wild, der Fotograf drückt ab. Immer und immer wieder. Mal sind die Augen geschlossen, mal die Hand vor dem Gesicht, dazwischen ist es aber: das perfekte Bild. Das wird Fotojournalist und Auftragsfotograf Kay Herschelmann später dem Veranstalter schicken. Gemeinsam mit einer Auswahl aussagekräftiger Fotos, die einen atmosphärischen Eindruck von der Tagung vermitteln. Bilder, die er aus tausenden aussuchen wird, die er im Laufe des Tages auf seiner Speicherkarte angesammelt hat. Riesige Datenmengen produziert er, bis zu 50 Gigabyte pro Tag. Eine wahre Bilderflut, sagt Herschelmann.

Regelmäßig klickt er sich durch seine Datenbank und löscht Fotos. Solche, auf denen Menschen zu sehen sind, deren Namen er nicht kennt. Bilder, die sich nicht verkaufen lassen und die auch später wahrscheinlich nicht mehr nachgefragt werden. Einige behält er „aus emotionalen Gründen". Was mit all den Fotos passieren soll, wenn er sich zur Ruhe setzt, weiß er noch nicht. Er hofft auf den technischen Fortschritt, auf eine automatisierte Datenbank.

Einer, der sich mit der Frage nach dem „und dann?" schon beschäftigt hat, ist Günter Zint. Er hat Studentenproteste und Atomkraftgegner fotografiert, die Beatles und die Rolling Stones begleitet, war bei Wallraffs Recherchen dabei und hat dessen Bücher bebildert. Nach über fünfzig bewegten Jahren als Pressefotograf steht Zint vor der Ausbeute seiner Arbeit: Millionen Negative, Dias und Abzüge. Da er auch die Archive anderer Fotografen übernommen hat und verwaltet, ist er nun von 65 Stahlschränken umgeben, in denen insgesamt mehr als sieben Millionen Fotos lagern.

Digitalisierung analoger Bestände. Die Suche nach Fotos in dem riesigen Archiv ist aufwändig und kostspielig. Die Honorare, die für die mühevoll herausgesuchten Fotos gezahlt würden, seien absurd niedrig, klagt Zint. Leichter wäre die Suche in digitalen Beständen. Doch obwohl eine Stiftung ihm über drei Jahre fünf Mitarbeiter samt Technik finanzierte, um die Fotos zu digitalisieren, liegen bislang nur etwa eine Million Bilder digital vor. Der Rest ist nur über Karteikästen oder durch das Durchwühlen der Schränke auffindbar.

Die Digitalisierung analoger Fotobestände beschäftigt auch Jens Bove, Leiter der Deutschen Fotothek, die an die Sächsische Landesbibliothek in Dresden angeschlossen ist. Über vier Millionen Fotos lagern hier. Bilder, die aus Nachlässen oder Archiven wie dem von Günter Zint stammen, von dem Bove erst kürzlich zwei Sammlungen übernommen hat. Fotos, die künstlerisch oder dokumentarisch wertvoll sind oder exemplarisch Einblicke in Genres wie der Hochzeitsfotografie geben – ein buntes Gemisch aus sozialdokumentarischen Fotos, ein Universalarchiv der Fotografie-, Kunst- und Technikgeschichte. 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Fotothek mit der Verwaltung und Aufbereitung von Fotos beschäftigt: wissenschaftliche Mitarbeiter, die akquirieren und Bildbestände erschließen, Archivare, Fotografen, Laboranten und Servicepersonal.

Bei der Digitalisierung geht es nicht nur darum, die Suche im Archiv komfortabler zu gestalten, sondern um viel Grundsätzlicheres: Die Bilder werden nutzbar gemacht und erschlossen. Denn „was man nicht bei Google findet, das gibt es nicht", sagt Bove.

Etwa ein Viertel des Bildbestandes der Fotothek ist inzwischen digitalisiert. Welche Bilder digitalisiert werden und welche nicht, wann nur eine Zusammenstellung der Negative als Übersicht eingescannt wird und wann das einzelne Bild in hoher Auflösung, das entscheiden Bove und seine Mitarbeiter. Oft eine schwierige Entscheidung.

Subjektive Auswahl. Was aufheben, was wegwerfen? Die Fotothek hat primär kein wirtschaftliches Interesse am Verkauf von Fotos, dient sie doch vor allem der Wissenschaft. Aber dennoch hat Bove auch die Menschen im Blick, die Fotos über die Online-Datenbank suchen und Abzüge oder Scans bestellen. Etwa 2.000 Besucher verzeichnet die Datenbank täglich. Monatlich werden mal 100, mal aber auch 1.000 Fotos bestellt. „Fotografisch sind das nicht immer die besten Bilder", sagt Bove. Es sind oft Fotos von Straßen, wie sie früher aussahen, Häusern, in denen die Vorfahren

Zint im PANFOTO-Archiv „Die Honorare für mühevoll herausgesuchte Fotos sind absurd niedrig."

Foto: PANFOTO

gewohnt haben, Straßenszenen, die historische Autos zeigen.

Immer wieder, stellt auch Zint fest, rückten Bilder in den Fokus, deren Relevanz er selbst als gering eingeschätzt hatte, weshalb sie nicht digitalisiert wurden. In der Auseinandersetzung um die Rote Flora in Hamburg etwa entstand plötzlich eine Nachfrage nach Fotos aus der Anfangszeit der Besetzung des Gebäudes. Die Auswahl, welches Bild bedeutsam sei und welches nicht, ist immer unter dem Blickwinkel der jeweiligen Zeit zu sehen und subjektiv geprägt. Denn woher soll man wissen, was später mal von Interesse ist? Fragen, auf die auch Jens Bove, Leiter der Deutschen Fotothek, keine Antwort geben kann. Sein Tipp: Fotografinnen und Fotografen sollten ihre Fotos systematisieren, doppelte oder unbrauchbare Bilder aussortieren, vollständige Angaben von Datum und Fotograf über Titel und Aufnahmeort bis hin zu Schlagworten in den Dateiinformationen hinterlegen und möglichst alle Bilder unkomprimiert auf mehreren Datenträgern abspeichern.

„Ja, klar", sagt Kay Herschelmann, „das ist der Idealfall, aber auch ein enormer Aufwand." Im Arbeitsalltag sei kaum Zeit, alle Bilder zu beschriften. Nur die Bilder, die Herschelmann als „vermarktbar" einschätzt, beschriftet er. Mehr sei einfach nicht zu schaffen. „Eigentlich bräuchte ich einen eigenen Archivar", lacht Herschelmann. **Astrid Sauermann** ■

Künftig Arbeitnehmer

Erstmalig ein Tarifvertrag für Gagenempfänger beim Bayerischen Rundfunk

Gagisten beim Bayerischen Rundfunk haben von nun an einen Tarifvertrag – hartnäckig von ver.di seit Jahren verhandelt und Anfang August mit dem Sender abgeschlossen. Bis Oktober müssen die Gremien zustimmen. Damit werden aus nahezu rechtlosen Gagenempfänger rechtlich abgesicherte Gagenarbeitnehmer. Sie arbeiten in fast allen Bereichen wie Grafik-Design, Requisite, Beleuchtung, Tontechnik, Maske oder Schnitt. Hunderte können davon profitieren.

Aktuell zum Thema

www.rundfunk.verdi.de

http://rundfunk.verdi.de/sender/bayerischer-rundfunk_1

Der Tarifvertrag (GAN-TV) gilt für nicht programmgestaltende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks (BR), die bisher mit Gagen bezahlt und arbeitsrechtlich als Freie behandelt wurden. Teilweise sind sie seit Jahrzehnten als sogenannte Gagisten für den BR tätig. Bisher gab es für sie keine tarifliche Regelung der Gagenhöhe, keine Beschäftigungssicherheit über den laufenden Dispositionsplan hinaus und schon gar keine Altersversorgung.

Auf der Grundlage des Tarifvertrages können Gagisten nun eine unbefristete Festanstellung erhalten mit regelmäßigem Gehalt und garantiertem Beschäftigungsumfang. Ab Beginn des jeweils individuellen Arbeitsvertrages sind sie mit allen Rechten ausgestattete Arbeitnehmer im Rahmen des Manteltarifvertrages. Das gilt auch für die Altersversorgung. Für die Höhe des jeweiligen Anspruches und auch für den Umfang des Kündigungsschutzes des jeweiligen Kollegen, muss bei jedem Einzelnen zurückgeschaut werden auf den Beschäftigungsumfang in der Vergangenheit. Dabei kommt es jedoch nicht darauf an, lückenlos zu belegen, wann für welche Gage gearbeitet wurde. Der Tarifvertrag legt dafür eine übersichtliche Formel fest, die sich vor allem auf die letzten fünf Jahre bezieht. Großzügige Härtefallregelungen helfen, tatsächliche Beschäftigungslücken zu schließen.

Spätestens an dieser Stelle wird auch klar, dass dieser Tarifvertrag – wie jede Einigung – einen Kompromiss darstellt. Denn jene, die schon sehr lange für den BR arbeiten und beispielsweise jahrelang mehr Gage erhalten haben als in den letzten fünf Jahren, würden auf diese Weise eher Geld verlieren, wenn die Altersversorgung berechnet wird. Ihnen bleibt die Alternative, sich einzuklagen. Das heißt, sie können ihren Arbeitnehmerstatus per Gericht feststellen lassen – wie es schon immer möglich war. Bedingung ist, dass alles in dieser Beschäftigungszeit lückenlos belegt werden muss. Zudem handelt es sich hier um einen Weg durch die Instanzen von langer Dauer und mit bis zuletzt ungewissem Ausgang. Dabei sind viele rechtliche Fragen bis hin zur Eingruppierung zu klären. Auch kann es je nach Einkommen zu Nachzahlungsforderungen für den Arbeitnehmer führen, falls die Gage in den letzten Jahren höher war als die vergleichbare Gage nach der dann festgelegten Eingruppierung. Aber bei Erfolg lockt eine bessere Altersversorgung!

Missstand beendet. „Dieser Tarifvertrag ist eine gute Problemlösung und beendet damit einen jahrzehntelangen Missstand. Die Gagenempfänger kommen schneller zu ihren Rechten, müssen nicht gegen ihren alten und neuen Arbeitgeber klagen", bewertet die in München zuständige ver.di-Juristin Ute Opritescu diesen Abschluss. Jeder, der mindesten 65 Tage im Jahr beim BR beschäftigt ist, kann innerhalb weniger Wochen einen Arbeitsvertrag in der Tasche haben: Komplizierte und langwierige Erhebungen und auch Fragen der Eingruppierung sind nicht notwendig. Geld gibt es monatlich, nicht nur dann, wenn gerade ein Job zu erledigen war – wobei natürlich Arbeitszeiten geregelt sind. Ermöglichte Mehrarbeit wird ausgezahlt. Erstmals erhalten Gagisten, die in der Regel in Schichten arbeiten, Nachtzuschläge. Es gibt einen hohen Kündigungsschutz, vor allem bei Betriebszugehörigkeit ab 10 Jahre, und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. ver.di wird allen ihren Mitgliedern zur Seite stehen, wenn das jeweils spezifische Angebot des BR die einzelnen Kollegen erreicht und der „formale" Gang zum Gericht erfolgen muss. Dort wird dann auf der Basis des Tarifvertrages ein Vergleich für einen gültigen Arbeitsvertrag abgeschlossen. Die Weichen dafür wurden von den Tarifpartnern gestellt. **Karin Wenk** ■

Freie sammeln Crossis

Crossmedia Pilotprojekt in Wuppertal unter Dach und Fach

Seit Tom Buhrow Intendant beim WDR ist, steht im Sender das Schlagwort Crossmedia ganz hoch im Kurs. Damit will Buhrow den Sender für die Zukunft sicher aufstellen und junge Menschen für das Programm zurück gewinnen. Geplant sind sogenannte crossmediale Leuchttürme, etwa beim Sport, der Wirtschaft und in der Wissenschaft. Dafür entstehen im Kölner Sender gerade sogenannte Crossmedia-Flächen, von denen aus die Redaktionen dann alle drei Medien bedienen sollen.

Fotos: WDR

WDR-Studio in Wuppertal

Dabei ist Crossmedia keineswegs eine neue Idee. Schon Fritz Pleitgen sprach vom Internet als der dritten Säule neben Hörfunk und Fernsehen. Doch jetzt will sein Nachfolger die Idee mit aller Kraft umsetzen. Alleine die Umbau-Maßnahmen für die aufwendigen Crossmedia-Flächen kosten viel Geld. Ausgesuchte Fach-Redaktionen von Fernsehen, Hörfunk und Internet sollen dabei auch räumlich zusammenrücken und so Hand in Hand einen Themen-Bereich für alle drei Kanäle bearbeiten. Das ist in jeder Hinsicht eine Herausforderung. Geht es nach den Vorstellungen des WDR, können im Ideal-Fall AutorInnen ein Thema dann einmal recherchieren und für alle drei Medien-Angebote umsetzen. Am Ende soll dabei ein zeitgemäßes Programm entstehen, das für jung und alt gleichermaßen attraktiv ist. Kritiker befürchten dagegen, dass diese Arbeitsweise eher schlecht für die Qualität der einzelnen Beiträge sein wird. Zudem kann das für die AutorInnen eine nicht unerhebliche Mehrbelastung, sprich Stress, bedeuten. Denn alle drei Medien haben ihre spezifischen handwerklichen Anforderungen, die man auch alle beherrschen muss.

Versuchsfeld im Bergischen Land. Der Sender geht davon aus, dass durch das crossmediale Arbeiten zum Beispiel Synergien bei der Recherche entstehen. ver.di bezweifelt, dass dieser Effekt in der Praxis wirklich so stark zu Buche schlägt. Um das auszutesten haben die Gewerkschaften und der Sender sich auf einen Pilotversuch geeinigt. Als „Versuchsfeld", wurde das Studio Wuppertal auserkoren. Dafür gibt es gleich ein ganzes Bündel von Gründen: Zum einen herrscht zwischen der Studioleitung und den rund 50 festen freien Mitarbeitern ein gutes Vertrauensverhältnis. Zum anderen gibt es hier vergleichsweise viele Freie, die alle drei Medien technisch und inhaltlich beherrschen. Und last but not least ist das Studio im Bergischen Land technisch besonders gut ausgerüstet.

Der WDR hat zunächst ein sogenanntes Modular-System mit Pauschalen vorgeschlagen, dass zu einer erheblichen Reduzierung der Honorare geführt hätte. Nach ziemlich intensiven Verhandlungen in einer kleinen Sondierungsgruppe, die sich über neun Monate hingezogen haben, konnten sich beide Seiten auf einen anderthalbjährigen Pilotversuch einigen. Er gilt allerdings nur für die tagesaktuelle Nachrichtenberichterstattung im Studio und betrifft täglich zirka drei Reporter-Einsätze. Voraussetzung: Bei Beauftragung eines aktuellen Nachrichten-Themas müssen mindestens zwei Beiträge für zwei Medien in Auftrag gegeben werden. Honoriert wird dann nach einem eigens entwickelten Crossi-Model, das für jede anfallende Tätigkeit, eine bestimmte Menge an Crossi-Punkten vorsieht. Das hat den Vorteil, dass keine Pauschalen gezahlt werden, sondern die neuen Honorare in der Systematik beim WDR-Honorarrahmen bleiben, also als Einzel-Leistungen honoriert werden. Mindestens sollen so 12 Crossi-Punkte zustande kommen, die einem Wert von 312 Euro entsprechen. Wenn die freie Mitarbeiterin mit dem Auftrag nicht auf 12 Punkte kommt, dann kann auch ein zweites Thema in Auftrag gegeben werden. Darüber hinaus haben die Verhandler Rahmenbedienungen entwickelt, die zum Beispiel einen Statuswechsel durch den Piloten verhindern sollen. Die Sondierungs-Gruppe trifft sich zudem alle drei Monate, um zu schauen, ob eventuell nachjustiert werden muss. Der Online-Zuschlag von 4,5 % ist in die Crossis eingepreist, wird aber gesondert ausgewiesen. Eigenproduktionszuschläge, etwa für die Benutzung der eigenen Kamera, werden weiterhin gezahlt. Außerdem wurden Ausgleichsregelungen für den Fall vereinbart, dass über das neue Honorierungsmodell deutliche Einkommensverluste entstehen. Eine Clearingstelle überwacht das ganze Projekt. Damit alle Beteiligten nach der Pilotphase tatsächlich besser wissen, welche Synergien oder welche zusätzlichen Belastungen entstehen, wird der Versuch genau evaluiert. Der Pilot ist zudem ohne Nachwirkung, das heißt nach anderthalb Jahren geht wieder alles auf den Anfang zurück.

Vollversammlung stimmt zu. Weil die Gewerkschaften sich hier auf ganz neuem Terrain bewegen, haben sie auch ganz neue Wege der Rückkoppelung mit den Betroffenen gewählt: Im August hat es eine Freienvollversammlung im Studio Wuppertal gegeben. Da haben der WDR und die Gewerkschaften das Modell gemeinsam vorgestellt und anschließend zur Abstimmung gegeben. 32 freie Mitarbeiter haben den Piloten befürwortet und nur 2 waren dagegen – das hört sich nach einem guten Startschuss an! **Anja Arp** ■

LiMA 2015: Union-Busting

Ein Blick auf Lobbyarbeit und PR gegen Gewerkschaften und Betriebsräte

Union-Busting ist in Deutschland salonfähig geworden – nicht nur in der Medienbranche. Darüber diskutierten auf dem Herbstkongress der Linken Medienakademie Renate Gensch, stellvertretende Bundesvorsitzende der dju in ver.di und Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlags, Tilo Hejhal, Fachanwalt für Medienrecht, und Elmar Wiegand vom Verein Aktion Arbeitsunrecht, Autor und Publizist sowie Mitherausgeber der Union Busting Studie der Otto-Brenner-Stiftung.

Erst kürzlich hatte der Fall des aus fadenscheinigen Gründen entlassenen Betriebsrates des Faltschachtelherstellers Edelmann, Marco P., für großes Aufsehen gesorgt. Aber mehr noch, die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften ist auch zu einer professionellen Dienstleistung geworden. In ganz Deutschland bieten Anwaltskanzleien Seminare an, in denen Unternehmer lernen, wie man seinen Betriebsrat so schnell wie möglich los wird. So berichtete Renate Gensch gleich zu Beginn von Arbeitgebern, die die Betriebsratsarbeit durch vorgeschobene berufliche Verpflichtungen zu stören versuchen. Vor allem aber, so beklagte sie, werde in den Verlagen versucht, tarifliche Standards beispielsweise durch die Auslagerung in Tochterfirmen zu unterlaufen.

Elmar Wiegand erläuterte am Beispiel der Restaurantkette Maredo die professionellen Strategien des Union Busting. Dort hatten die Betreiber der Frankfurter Filiale – eine der wenigen mit Betriebsrat – zunächst Wirtschaftsdetektive engagiert, die nach Kündigungsgründen suchen sollten. Als diese auf Video vorlagen – es handelte sich dabei um das Essen eines Brotkantens – wurden die Mitarbeiter eines abends im Restaurant eingesperrt und mit Hilfe von Anwälten unter Druck gesetzt, ihre Kündigungen zu unterschreiben. Eine PR-Agentur kümmerte sich dann später darum, den Ruf der vor dem Arbeitsgericht klagenden Ex-Mitarbeiter in den Schmutz zu ziehen, während eine Medienkanzlei mit Abmahnungen unliebsame Berichterstattung in den Medien unterband.

Mit Hilfe des Medienrechts könne der Aufbau einer Gegenöffentlichkeit in der Tat wirksam unterbunden werden, bestätigte Hejhal. Berichtende Journalisten und vor allem Blogger, die keinen schützenden Verlag oder Medienanwalt im Rücken hätten, würden einfach mit Abmahnungen eingeschüchtert. In solchen presserechtlichen Verfahren könne aber auch die Gewerkschaft Schutz bieten, betonte er.

Doch welche Strategien der Gegenwehr stehen Betriebsräten und Gewerkschaftern zur Verfügung? Laut §119 des Betriebsverfassungsgesetzes stehe die Betriebsratsbehinderung unter Strafe, erinnerte Wiegand. Nach dem Gesetz könne eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe verhängt werden. Dennoch seien solche Straftaten, so Wiegand, noch nie ernsthaft verfolgt worden. Einen Grund dafür sieht Renate Gensch in der Überlastung der Staatsanwaltschaften und forderte daher die Einrichtung spezieller Abteilungen, die sich ausschließlich mit Straftaten nach §119 des Betriebsverfassungsgesetzes befassen sollen.

Wiegand, dessen Verein Aktion Arbeitsunrecht demnächst auch Seminare zu Gegenmaßnahmen gegen Union Busting anbietet, schlug hingegen vor, durch wirksames Campaigning eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen und die Konflikte durch Berichterstattung aus ihrer lediglich regionalen Bedeutung zu lösen. Außerdem müssten die Namen der betriebsratsfeindlichen Unternehmen publik gemacht werden.

Monique Hofmann ■

Mehr Informationen:

https://correctiv.org/blog/2015/07/13/der-kampf-um-betriebsraete/

http://arbeitsunrecht.de/allein-fallst-du-durch-den-rost/

https://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/union-busting-in-deutschland.html

Anzeige

Rettungsanker Storytelling

„Neue"Erzählform boomt – Authentizität bleibt zuweilen auf der Strecke

Ratgeber

Marie Lampert, die 2011 zusammen mit Rolf Wespe den Ratgeber „Storytelling für Journalisten" verfasst hat, antwortet auf die Frage, ob Storytelling besserer Boulevardjournalismus sei: „Im Emotionalisieren und Dramatisieren sind Boulevardjournalisten spitze. Trotzdem ist der Nährwert ihrer Geschichten oft unbefriedigend, weil sie sich mit Aufregern zufrieden geben und sie nicht nutzen, um die Geschichte dahinter zu erzählen.

Storytelling ist eine Methode, die nicht zwangsläufig zu gutem Journalismus führt, aber zu gut lesbaren und für die Zielgruppe attraktiven Texten. Kommen dazu gründliche Recherche und ein reflektiertes Selbstverständnis unserer Rolle als Journalisten – dann wird Storytelling zu einem überzeugenden Werkzeug von Qualitätsjournalismus."

http://www.abzv.de/storytelling/?aktion=faq

Informationsflut – Medien buhlen um die Aufmerksamkeit des Publikums. Als Rettungsanker erscheint da „Storytelling": das anschauliche Geschichten erzählen, möglichst multimedial. Doch was bedeutet der aktuelle Storytelling-Boom für die journalistische Qualität, den „öffentlichen Auftrag der Presse"? Wie verändert er die Arbeitswelt von Medienschaffenden? Annäherungsversuche an den schillernden Begriff.

Narrative, d.h. erzählende Genres wie Dokumentation, Feature oder Reportage erhielten in Deutschland neue Impulse aus den USA, wo sich bereits vor einem halben Jahrhundert der New Journalism entwickelte, der in der literarischen Erzähltheorie wurzelt und Fiktionales mit Non-fiktionalem verquickt. Die in solchen Narrationen präsentierten Informationen gelten als sorgfältig recherchiert, verlässlich, transparent und authentisch – wie aktuell etwa bei der „Story im Ersten" im ARD-Spätabendprogramm. Doch auch die gefakten Promi-Interviews von Tom Kummer im Jahr 2000 fallen unter Storytelling. In der journalistischen Praxis erfährt die „neue" Erzählform zahlreiche Interpretationen und auch in der akademischen Fachwelt gibt es kaum eine Tagung ohne einen Vortrag über Storytelling.

Die Nürnberger Journalismusprofessorin Beatrice Dernbach referierte im Februar 2015 auf der Jahrestagung des Netzwerks Medienethik über Storytelling und hinterfragte an Beispielen, ob durch diese Variante narrativer Genres „die normativen Forderungen an den Journalismus (...) nach Distanz, Sorgfalt, Authentizität, Zuverlässigkeit und Wahrung der Persönlichkeitsrechte gefährdet" werden.

Fehlende Authentizität? Dernbach unterscheidet zwischen „Narration" mit authentischer Realitätskonstruktion und Storytelling, das eine Geschichte mit Blick auf das Publikum „gut verkäuflich" gestalten will. Dabei bleibt die Authentizität zuweilen auf der Strecke, wie Dernbach an René Pfisters Porträt des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer demonstriert. Der *Spiegel*-Redakteur hatte dafür 2011 den Henri-Nannen-Reportagepreis bekommen, musste ihn aber wieder zurückgeben. Er suggerierte in seiner Geschichte „Am Stellpult", Seehofers Modelleisenbahn im Keller mit eigenen Augen gesehen zu haben, obwohl er nur vom Hörensagen darüber informiert war. „Warum haben renommierte Journalisten wie Pfister das nötig", fragt Dernbach, „warum halten sie eine journalistische Narration nicht durch und stellen nicht klar: ich bin nur der Erzähler, ich habe das nicht selbst erlebt?" Manfred Protze vom Presserat meint in der anschließenden Diskussion, „Erfindungen" in journalistischen Erzählungen seien unproblematisch, wenn sie als solche transparent gemacht werden.

Dernbach bezieht sich in ihrem Vortrag auf den Medienwissenschaftler Werner Früh, der 2014 die Tendenz problematisierte, Storytelling auch auf den „harten Informationsjournalismus, also Nachricht und Bericht" auszudehnen. Er plädiert dafür, „eine realitätsadäquate Darstellung" als Merkmal in die „journalistische Narrationsdefinition aufzunehmen." Zur Abgrenzung schlägt er vor, zwischen authentischer „journalistischer Narration" und „Storytelling" zu unterscheiden. In empirischen Studien untersuchten Früh und sein Kollege Felix Frey politische TV- und Print-Beiträge. Ergebnis: 90 Prozent enthalten narrative Elemente. Zumeist handele es sich um „legitime, also nicht verfälschende Narrativität", zwölf Prozent der Fälle zählen aber zu „dem aus normativer Sicht illegitimen Storytelling".

Notwendig: Transparenz. Das Problem von Storytelling ist nicht die Verbindung von Fakten und Fiktionen, sondern fehlende Transparenz. Journalismus brauche die Fiktion, um Fakten sinnhaft zu strukturieren, konstatierte die Berliner Kommunikationswissenschaftlerin Magreth Lünenborg bereits 2005: „Die spezifische Leistung des Journalismus liegt eben nicht in der Vollständigkeit und Systematik der Datensammlung, sondern in der spezifischen Kontextuierung, der Herstellung von Deutungs- und Interpretationszusammenhängen." Man muss daher auch nach den Weltbildern und Wertvorstellungen fragen, die durch eine Geschichte transportiert werden. Wenn die Narration von den „faulen Griechen" in Beiträgen immer wieder durch Äußerungen wie „Wir deutsche Steuerzahler müssen für die Griechen zahlen" aufgerufen wird, dann steckt dahinter das Weltbild eines „unreflektierten deutschen Nationalismus", konstatierte taz-Wirtschaftsredakteurin Ulrike Hermann jüngst auf der Jahrestagung des Netzwerks Recherche.

Journalisten sollten soziale Wirklichkeit in ihren Beiträgen möglichst authentisch rekonstruieren und verdeutlichen, was sie selbst erlebt, welche Fakten sie recherchiert haben und was Spekulationen und Vermutungen sind. Wenn diese Transparenz fehlt, mangelt es dem Medienprodukt an journalistischer Qualität. Transparenz ist also ein entscheidendes Qualitätskriterium – besonders bei digitalem Storytelling.

Großen Wert auf diese Transparenz legt Saskia Kress, seit 2008 Produzentin und Geschäftsführerin bei Filmtank, einer Firma für Dokumentarfilme und crossmediale Projekte mit Sitz in Berlin, Hamburg und Ludwigsburg. Kress präsentierte im Juni 2015 auf der Stuttgarter Tagung „Das/Im Internet erzählen" digi-

tales Storytelling par exellence: Das crossmediale Projekt „Netwars/out of CTRL" thematisiert den Krieg im Netz in verschiedenen Formaten, in denen „Cyberdealer" Nikolai Kinski „überall eine Rolle spielt". Da gibt es eine interaktive Webdokumentation, eine TV-Doku, eine interaktive Graphic Novel App, ein Taschenbuch, eine e-Book- und eine audio-Book-Serie. Finanziell war Netwars für die kleine Produktionsfirma mit zehn Mitarbeitenden „ ein Riesenrisiko, aber es hat sich gelohnt." Zur Zeit entwickelt das Filmtank-Team in Berlin eine fiktionale TV-Serie. Teils spielerisch, teils ernsthaft soll Wissen vermittelt werden über die zunehmend digitalisierte Gesellschaft und die damit verbundenen Gefahren. Dabei werden Fakten und Fiktion miteinander kombiniert, aber „immer kenntlich gemacht", versichert Saskia Kress. So sei die Graphic Novel Fiktion, aber Fakten basiert.

Kress ist Diplom-Journalistin, hat für NDR und ZDF gearbeitet, sich 2004 aber für die Freiberuflichkeit entschieden, die sie zu Filmtank in Berlin führte. „Die neue Arbeitsweise macht total Spaß", sagt sie. „Wir sind befreit vom reinen Sender- und Förderungsdenken." Wenn Dokumentarfilmer mit Themenangeboten in TV-Redaktionen kamen, fehlte Geld, ein Sendeplatz. „Das macht mürbe." Jetzt haben wir „wieder mehr Freude in unserem Beruf".

Veränderte Arbeitswelt. Geblieben sind die journalistischen Kernaufgaben: Informationen sammeln und aufbereiten, „ein komplexes Thema herunterbrechen." Verändert hat sich die Zielgruppe, die online jünger ist als das traditionelle Fernsehpublikum. Neue Formate werden entwickelt : Statt eines Films wird ein „ganzes Themenuniversum kreiert". Als Produzentin arbeitet Kress jetzt mit vielen „anderen Gewerken" zusammen: Programmierern, Game-Designern, Konzeptern für digitale Formate, Grafikern. „Ich sehe das als Chance, die wirklich bereichernd ist." Man müsse nur aufpassen, dass man „sich nicht zu sehr in die Technik vertüdelt, nicht immer alles technisch Mögliche ausschöpft". Denn „der User will auch konsumieren, nicht immer interaktiv sein."

Digitales Storytelling boomt im Journalismus – vor allem in großen Verlagshäusern und Sendeanstalten, wo es finanzielle Mittel gibt, intensiv zu recherchieren und einen Beitrag vielschichtig zu gestalten. Wie bei der *New York Times*, die für ihr Feature „Snow Fall" den Pulitzer-Preis erhielt. Ein 16köpfiges Team hatte die Geschichte einer Skifahrergruppe, die 2012 durch ein schweres Lawinenunglück verschüttet wurde, mit Videos, Animationen und Original-Funksprüchen aus mehreren Perspektiven erzählt. Ein deutsches Beispiel für Multimedia-Storytelling ist „Geheimer Krieg" über den US-Kampf gegen den Terrorismus in Deutschland. 2013 startete das Projekt des Rechercheverbunds von NDR und *Süddeutscher Zeitung*, dem sich mittlerweile der WDR angeschlossen hat.

Auch im schnelllebigen journalistischen Tagesgeschäft erlebt Storytelling einen Boom – allerdings kommt es hier häufiger als Bouldevardisierung daher denn als journalistische Narration. Beatrice Dernbach vermutet dahinter den Druck von Verlegern, die darin ein Patentrezept zur Überwindung der medienökonomischen Krise sehen. Sie fragt, warum versuchen diese, Aufmerksamkeit durch „Effekthascherei" zu erreichen und nicht durch Qualität? Warum setzen sie auf Storytelling, das Boulevardisierung befördert, statt auf authentische journalistische Narration?

Bärbel Röben ■

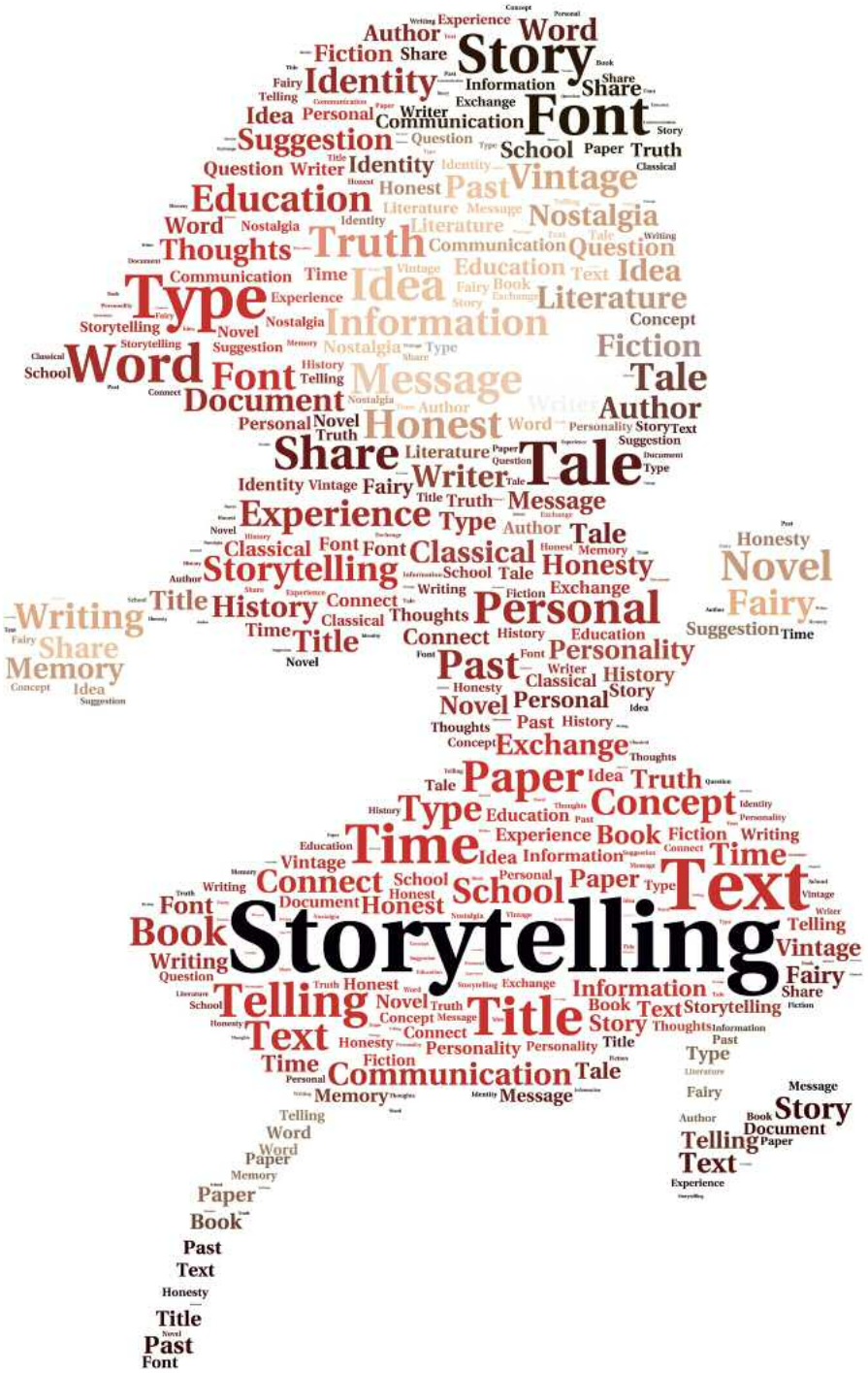


Illustration: fotolia / lculig

Links

www.netzwerk-medienethik.de/jahrestagung/tagung2015/zukunft-des-journalismus-tag-2-fokus-wissenschaft/

www.spiegel.de/spiegel/print/d-73290158.html

https://www.hdm-stuttgart.de/english/studium/view_news?ident=news20150527102533

http://netwars-project.com/de/

www.nytimes.com/projects/2012/snow-fall/#/?part=tunnel-creek

www.geheimerkrieg.de/#entry-5-7879-das-projekt

ver.di FilmUnion bereitet Tarifverhandlungen vor

Mit einer Umfrage unter Film- und Fernsehschaffenden (FFS) hat die ver.di FilmUnion die noch in diesem Jahr beginnende Tarifverhandlungsrunde vorbereitet. Der Tarifvertrag für Filmschaffende (TV FFS) wurde fristgemäß zum Ende des Jahres gekündigt.

Bis Mitte August haben mehr als 800 Beschäftigte an der Umfrage teilgenommen und Angaben zu ihrer persönlichen Berufssituation, ihren Vorstellungen für die Tarifrunde und Erfahrungen bei der Umsetzung der Tarifverträge gemacht. Die Hauptforderung aller Umfrage-Teilnehmer, die in der Mehrzahl länger als zehn Jahre als professionelle Filmschaffende arbeiten und überwiegend jünger als 40 Jahre alt sind, ist die Erhöhung der Tarifgagen. Eine weitere wichtige Forderung ist die Begrenzung der Arbeitszeiten auf maximal zwölf Stunden pro Tag.

Dazu passen auch die Umfrageergebnisse über die mangelnde Einhaltung der Maximalarbeitszeiten bei Filmproduktionen. Dabei werden selbst die tarifvertraglich gesetzten Höchstgrenzen, nach denen an maximal 40 Prozent der Drehtage in Fernsehproduktionen und an 80 Prozent der Drehtage in Kinoproduktionen mehr als zwölf Stunden gearbeitet werden darf, überwiegend nicht eingehalten. Auch Zuschläge für längere Arbeitszeiten werden zumeist nicht gezahlt.

„Deutlich machen die Umfrageergebnisse auch: Die vielen Jahre der von den öffentlich-rechtlichen Sendern gedeckelten Budgets für Auftragsproduktionen haben Spuren hinterlassen. Die kommende Gebührenperiode muss finanzielle Spielräume für Preissteigerungen und mehr Drehtage bieten, damit nicht nur die Qualität der Fernsehfilme und Serien stimmt, sondern auch ein auskömmliches und auch wieder steigendes tatsächliches Einkommen bei den Filmschaffenden ankommt", betont ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

PM/Red. ■

Redakteure frei gesprochen

Nach ihrem Chefredakteur sind am 24. September auch zwei Redakteure des *Hamburger Abendblatts* in erster Instanz freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte ihnen vorgeworfen, illegal aus einem Whatsapp-Chat der Mutter von Yagmur M. zitiert zu haben. Das türkische, dreijährige Mädchen war an seinen Misshandlungen gestorben.

Gerichtssprecherin Ruth Hütteroth teilte auf Anfrage mit, nach Auffassung des Amtsgerichts hätten sie zwar rechtswidrig gehandelt, „als sie in ihrer Berichterstattung wörtlich aus der Anklageschrift zitierten, bevor dies in öffentlicher Hauptverhandlung erörtert worden war. Sie handelten aber nicht schuldhaft, da ihnen im konkreten Fall die Einsicht, Unrecht zu tun, fehlte und sie diesen Irrtum nicht vermeiden konnten. Sie hatten sich vor der Veröffentlichung vom Justitiar des Verlages beraten lassen. Dieser hatte ihnen erklärt, dass das Zitat zulässig sei. Dass dieser Rat nicht richtig war, war für die Journalisten nicht offensichtlich. „ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (Az 255 Cs 158/14).

fbt ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

TAEGLICH.ME

Neues aus Neanderland

Wenn bei Tageszeitungen Redakteurinnen und Redakteure freigesetzt werden, was seit ein paar Jahren landauf landab leider häufig passiert, dann entsteht vor Ort nicht selten ein neues publizistisches Online-Angebot. So auch in Mettmann, Haan und Wülfrath, dem sogenannten Neanderland, dem Kreis Mettmann: taeglich.me.

Da war die *Westdeutsche Zeitung (WZ)*, die inzwischen immer mehr Material von anderen Verlagen wie der *Rheinischen Post* bezieht und aushäusig produzieren lässt, der Meinung, sie könne ihre Existenz nur dadurch sichern, dass sie ihre Ausgaben ausdünnt und mit weniger Personal produziert. Immerhin war es dem Betriebsrat, dessen Vorsitzender Andreas Keil inzwischen freiwillig das sinkende Boot verlassen hat, noch gelungen, Abfindungen in nennenswertem Umfang für den Verlust des Arbeitsplatzes zu organisieren. Daraufhin hat sich eine Handvoll der geschassten Kollegen zu einer GmbH&Co KG zusammen getan und ab November letzten Jahres das Online-Produkt taeglich.me am Markt platziert. Sie sind mit ihren Geschichten nah dran an den Menschen berichten aktuell über Lokalpolitik, das Vereinsleben, Kunst und Kultur, Sport.

Unterhält man sich heute ein dreiviertel Jahr später mit dem Chefredakteur und Geschäftsführer Thomas Reuter, dann spricht man mit einem zufriedenen Menschen. Er kann sich und seinen Mitstreitern zwar nur nach Kassenlage ein Gehalt auszahlen, aber immerhin können diejenigen, die nicht zu KG gehören und für taeglich.me arbeiten (Buchhaltung/Lokalsport), nach branchenüblichen Tarifen bezahlt werden. Von Anfang an haben die vier ehemaligen Redakteure und Mitarbeiter der WZ, neben Reuter sind dies Tanja Albrecht, Philipp Nieländer, Thomas Lekies und für den IT-Betrieb Patrik Dahm, auf das Konzept der Abo-Zeitung gesetzt, und eine Bezahlschranke eingerichtet. Wer kein Abo abschließt, der kann nur die Überschriften lesen. Immerhin 1.700 zahlende Leser haben sie bislang gewonnen. Kostenpunkt: 60 Euro im Jahr. Und auch die Vermarktung der Anzeigenplätze läuft nach Auskunft von Reuter gut. Um den Verkauf zu professionalisieren, wird zusätzlich eine Anzeigenverkäuferin beschäftigt. Die kann potentielle Kunden, die schon ab 50 Euro aufwärts werben können, auf immerhin 260.000 Page-Impressions pro Monat verweisen. Und da es auch einen Bedarf für Familienanzeigen gibt, soll außerhalb des eigentlichen taeglich.me-Angebots für diese eine Extraseite eingerichtet werden.

Erfreut ist Reuter über das breite Interesse von Kollegen: „Die drücken uns die Dauen, dass wir Erfolg haben und sich die Sache irgendwann selbst trägt. Und die Leute im Neanderland mögen uns sowieso, auch wenn wir kritisieren". Für die sinkende Auflage der Ausgabe der *Rheinischen Post* vor Ort will er natürlich nicht verhaftet werden. „Da sitzt jetzt nur noch ein Kollege für Mettmann, was soll der denn da bitte schön alleine machen?"

Frank Biermann ■

Journalismus nur noch auf Nachfrage

Digitale Transformation bei der DuMont Mediengruppe mit drastischen Folgen

Foto: DuMont Mediengruppe

Neven DuMont Haus, Köln

Print war gestern – die Zukunft heißt Digital? Wenn es nach den Plänen von DuMont Schauberg geht, könnte diese Frage mit einem Ja beantwortet werden. Mit drastischen Folgen für die Redaktionen.

Sieben Zeitungen gehören zur traditionsreichen Kölner DuMont Mediengruppe. Abo- und Boulevardblätter, darunter die *Berliner* und die *Mitteldeutsche Zeitung*, die *Hamburger Morgenpost*, der *Kölner Express*. Sie alle sind von der Management-Idee einer „digitalen Transformation" betroffen, deren Details durch die Betriebsräte vor kurzem bekannt gegeben wurden. Die gesamte publizistische Strategie des Konzerns soll neu ausgerichtet werden. Nach einem so genannten Change-Prozess werden nur noch wenige Redakteurinnen und Redakteure für die Printtitel schreiben. Die journalistische Arbeit wird streng auf die Nachfrage im Web ausgerichtet. Mittels eines Newsdesks wird künftig entschieden, welche Inhalte wo und in welcher Form veröffentlicht werden. Web-affines, neu eingestelltes, Personal soll die Zugriffe auf Meldungen beobachten und jeweils mit weiteren Berichten, Interviews, Kommentaren, etc. nachdrehen. Das hieße auch: Informationen, die keine Nachfrage im Netz haben, würden nicht weiter recherchiert und berichtet. Ebenfalls neu eingestellte Social-Media- und Suchmaschinen-Optimierer sollen zudem die Zugriffe steuern. So erhofft sich das Medienhaus mehr Nachfrage im Netz, um so mehr Anzeigenerlöse zu erreichen. Der Sinn des Ganzen: Die Werbewirtschaft soll DuMont als Medienhaus wahrnehmen, das seine Leistung als werbliche Unterstützung anbietet. Es bedeutet einen grundlegenden Wandel der Zeitungsproduktion. An einer Neuaufstellung von Vertrieb und Anzeigengeschäft wird ebenfalls gearbeitet.

Die Betriebsräte und Belegschaften in Berlin und Hamburg sind bereits in Alarmbereitschaft. In einem BR Aktuell der *Hamburger Morgenpost* heißt es: „80 bis 85 Prozent der Redaktion werden nach unseren Informationen künftig in der Digital-Redaktion arbeiten, und lediglich eine kleine Mannschaft soll das Printprodukt fertigen, wozu natürlich noch ein Restlayout gehören dürfte. Wir spekulieren, dass es um circa zehn bis zwölf Personen geht, die künftig die Printausgabe produzieren, der Rest wird ein so genannter Multimedia-Redakteur." Bisher arbeiten die Print- und Online-Redaktionen in Köln, Berlin, Hamburg und Halle getrennt, Online wurde 2013 jeweils ausgegliedert. Auch das hatten die Betriebsräte kritisiert. Jetzt wird das korrigiert, im Mittelunkt soll künftig die Verbreitung von Inhalten auf verschiedenen Kanälen stehen, in erste Linie online.

Der Change-Prozess soll scheinbar systematisch und nicht übereilt vollzogen werden und personell und finanziell ausgestattet werden. So wurde Thilo Knott als Chefredakteur für die digitale Transformation eingestellt. Der ehemalige Leiter der DuMont Hauptstadtredaktion, Robert von Heusinger, wurde in den Vorstand berufen und bekleidet den Posten „Publizistik". Für November 2015 und Februar 2016 sind für alle Online-Portale der Zeitungen Relaunches geplant. Chefredakteure aller Titel konnten an einem umfangreichen Besuchsprogramm in europäischen und US-amerikanischen Medienunternehmen teilnehmen. Eine Redakteurin der *Berliner Zeitung* war wochenlang am Umstellungsprozess des *Svenska Dagbladets* beteiligt und soll ihre Erkenntnisse einbringen. Projektgruppen an allen Standorten besprechen die einzelnen Wege der Transformation. Erste Tests beginnen in Lokalredaktionen der *Mitteldeutschen Zeitung*. Aber ob das reicht?

Die Hauptbetroffenen, die Redaktionsmitglieder, waren wie vor den Kopf gestoßen, als sie durch das Informationsblatt des Betriebsrats von Details der digitalen Transformation erfuhren. Sie waren bislang nämlich nicht einbezogen worden. Die Betriebsräte sind daher skeptisch. Im Informationsblatt des Konzernbetriebsrates heißt es: „Konzepte werden auf Lenkungsausschuss-Ebene, im Vorstand und im Aufsichtsrat beschlossen, aber die Belegschaften erfahren nur Versatzstücke." Allerdings begrüßen sie grundsätzlich den Ansatz des Managements. Ohne eine redaktionelle Digitalstrategie würde es künftig schwerer, Umsätze zu generieren, die bisher den Betrieb unterhalten hätten, heißt es. Der Prozess müsse aber von unten und nicht von oben stattfinden. **Jan Draht** ■

Abbau

Kampfansage

Die *Lübecker Nachrichten* wollen ein Drittel der Stellen in der Redaktion abbauen. ver.di Nord sieht in dem geplanten Stellenabbau einen weiteren massiven Eingriff in die Eigenständigkeit der Zeitungsverlage an der Ostsee. Die gemeinsame Mantelredaktion von *Lübecker Nachrichten* und *Ostsee-Zeitung* in Rostock soll durch Dienstleistungen der konzerninternen Zentralredaktion in Hannover ersetzt werden. Beide Zeitungen gehören zum Madsack-Konzern (u.a. *Hannoversche Allgemeine, Leipziger Volkszeitung*). Gesellschafterin im Madsack-Konzern ist die ddvg, eine Medienbeteiligungsgesellschaft der SPD. Für Martin Dieckmann, ver.di-Fachbereichsleiter, sind die jüngsten Madsack-Pläne eine Kampfansage: „Nach dem Kahlschlag bei den *Kieler Nachrichten* schluckt man Häppchen um Häppchen, aber es ist letztlich ein umfassender Sanierungsplan, der die Eigenständigkeit der Zeitungsverlage gefährdet." Angesichts des Konzern-Sanierungsprogramms, das unter dem Titel „Madsack 2018" bundesweit durchgesetzt werden soll, kündigt ver.di Widerstand mit eigenen tariflichen Forderungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung an der Ostsee an. **PM** ■

Eine Stimme geben

Das Hamburger Abendblatt beschäftigt fünf Flüchtlinge als freie Mitarbeiter

Ein neues Arbeitsmarktprogramm für Flüchtlinge, der prunkvolle Rathaussaal oder seine Ankunft in Deutschland: Für den Neu-Hamburger und Neu-Reporter beim Hamburger Abendblatt Berj Baghdee Sar liegen die Themen auf der Straße. „Ich freue mich, dass wir die Chance bekommen, den Hamburgern unsere Gedanken mitzuteilen", sagt der 31-jährige Syrer, der seit anderthalb Jahren in einer Kleinstadt nahe Hamburg lebt.

Berj Baghdee Sar ist einer von fünf Flüchtlingen, die seit Anfang September als freie Mitarbeiter beim *Hamburger Abendblatt* beschäftigt sind. Das neue Team ist sehr gemischt: Neben dem Wirtschaftsprüfer, der bei einer Bank in Damaskus angestellt war, besteht es aus einer irakischen Ärztin, einer afghanischen Frauenrechtlerin, einem ebenfalls afghanischen Fotojournalisten und einem eritreischen Taxifahrer. Das journalistische Handwerk hat keiner von ihnen gelernt. Das sei auch nicht der Anspruch, stellt der stellvertretende Lokalchef Sven Kummereincke fest, der gemeinsam mit seiner Kollegin Juliane Kmieciak für die neuen Kollegen zuständig ist. „Wichtig ist uns, dass sie neugierig und reflektiert sind", sagt er. „Das sind ohnehin die wesentlichen Voraussetzungen für Journalisten."

Was sich das *Hamburger Abendblatt* von der Zusammenarbeit verspricht, hat Chefredakteur Lars Haider in einer Presseerklärung benannt: „Wir wollen den Flüchtlingen nicht nur ein Gesicht, sondern eine Stimme geben. Und mit ihrer Hilfe nicht nur etwas über sie, sondern vor allem auch über uns erfahren." Die Idee für dieses Projekt entstand laut Sven Kummereincke aus der intensiven Beschäftigung mit dem Flüchtlingsthema. Wie alle Lokalredaktionen bundesweit berichtet und begleitet auch das *Hamburger Abendblatt* seit Monaten intensiv das Geschehen in der Stadt. Selbst aktiv wurden die Journalisten, als sie im Juli zu einer Spendenaktion für Flüchtlinge aufriefen. „Wir haben eine klare Haltung zu dem Thema und versuchen, Verständnis in der Bevölkerung zu wecken" so Sven Kummereincke. Die Integration von Flüchtlingen in die Lokalredaktion ist nun ein weiterer Schritt. „Wir wussten nicht, ob es klappt. Es war wie eine Wundertüte", sagt er rückblickend.

Wöchentliche Kolumne. Rekrutiert haben Sven Kummereincke und Kolleginnen die neuen freien Mitarbeiter über Flüchtlingsinitiativen, die in den Wohnunterkünften aktiv sind. In einer Rundmail baten sie darum, Kontakte zu interessierten und geeigneten Flüchtlingen herzustellen. Die Rückmeldungen kamen postwendend, und es wurden Termine zum Kennenlernen vereinbart. Anfang September startete das Projekt innerhalb der Sonderbeilage „refugees welcome", in der die Flüchtlingsreporter sich mit Fotos vorstellten.

Fest geplant war zunächst eine wöchentliche Kolumne „Angekommen in Hamburg". Doch daraus wurde mehr: Berj Baghdee Sar hat diesen Monat viel Zeit, da der Deutschkurs abgeschlossen ist und das Praktikum in einer Bank erst im nächsten Monat beginnt. Er fährt jeden Tag nach Hamburg in die Redaktion, nimmt an Redaktionskonferenzen teil und entwickelt eigene Themen. So beleuchtet er – wie die anderen Flüchtlingsreporter auch – aktuelle Entwicklungen zur Situation von Flüchtlingen und kommentiert sie. Ihre Expertise ist gefragt, ob es um die Sprache oder um Hintergrundwissen über ihre Herkunftsländer und die Konfliktlinien innerhalb der hier lebenden Bevölkerung geht.

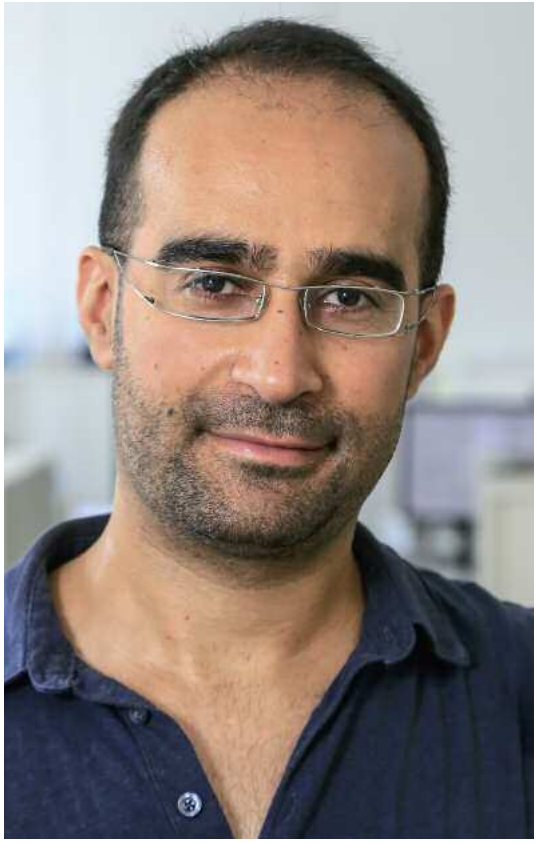


Foto: Hamburger Abendblatt / Michael Rauhe

Berj Baghdee Sar, Reporter beim Hamburger Abendblatt

www.abendblatt.de/hamburg/article205638689/Arbeitsprogramm-fuer-Fluechtlinge-war-ueberfaellig.html

www.abendblatt.de/hamburg/article205651821/Ueber-Sicherheit-Neuanfang-und-norddeutsche-Temperaturen.html

Die Texte sind Gemeinschaftsproduktionen, die auch als solche gekennzeichnet sind. „Zuerst diskutieren wir das Thema und ich schreibe den Text vor. Dann setze ich mich mit einer Kollegin vor den Bildschirm und wir formulieren gemeinsam den Beitrag", erzählt Berj Baghdee Sar. Veröffentlicht wird der Text unter seinem Namen. Und bezahlt werden die Flüchtlingsreporter wie alle anderen freien Mitarbeiter auch, versichert Sven Kummereincke.

Berj Baghdee Sar gefällt die neue Tätigkeit. Er fühlt sich von den neuen Kollegen respektiert und gut aufgenommen. „Sie sind sehr hilfsbereit und kollegial. Hier herrscht eine sehr gute Atmosphäre", bestätigt er. Auch die Resonanz der Leser auf die neuen Reporter war bisher laut Sven Kummereincke ausgesprochen positiv. „Für das Abendblatt sind die neuen Kolleginnen und Kollegen eine journalistische Bereicherung. Wir erhalten viele Informationen und Einschätzungen aus erster Hand", so der stellvertretende Lokalchef.

Michaela Ludwig ■

Syrischer Journalist beim Handelsblatt

In der Berliner Handelsblatt-Redaktion ist seit Anfang September der syrische Journalist Yahya Alaous beschäftigt und verfasst eine regelmäßige Kolumne.
Auch er kam als Flüchtling nach Deutschland. Alaous hat in seiner Heimat als politischer Korrespondent bei einer großen Tageszeitung gearbeitet.

Funkhaus Europa – Refugee Radio

Mitten im gefühlten Herbst blüht Funkhaus Europa auf. Es begrüßt ankommende Flüchtlinge mit extra für sie erstellten Sendungen. Seit Mitte September heißt es zweimal täglich „Refugee Radio".

Mit Funkhaus Europa wird in Berlin, Bremen und Teilen von NRW ein weltoffenes, internationales Radioprogramm gesendet. Bis vor kurzem war es für die Muttersprachensendungen auf Funkhaus Europa „fünf vor zwölf". Denn WDR Hörfunkdirektorin Valerie Weber drohte die Muttersprachen nur noch einmal pro Woche senden zu lassen oder später in der Nacht. Inzwischen besinnen sich WDR und RBB, wo die Muttersprachenredaktionen angesiedelt sind, mehr auf diese Stärken und nutzen sie positiv für die aktuelle Situation.

Um „fünf vor zwölf" am Mittag und um kurz vor Mitternacht fasst Funkhaus Europa auf Englisch und Arabisch die wichtigsten Informationen für neu angekommene Flüchtlinge zusammen: von ihrer aktuellen Situation in Deutschland und der politischen Diskussion zum Thema über konkreten Service zu Gesundheit, Recht, Integration oder ehrenamtliche Initiativen bis hin zu Nachrichten von Flüchtlingsrouten. Sendetermin „Refugee Radio": montags bis freitags 11.55 bis 12 Uhr (Wdh. 23.55 bis 0.00 Uhr) im Radio, sowie rund um die Uhr auf funkhauseuropa.de. Produziert werden die Sendungen in der arabischen Redaktion des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb).

Auch andere fremdsprachige Sendungen von Funkhaus Europa wenden sich mit speziellen Informationen an einzelne Flüchtlingsgruppen: vor allem das Südosteuropa-Magazin „Radio Forum" (montags bis freitags, 20 bis 21 Uhr) und die kurdische Sendung „Bernama Kurdi" (sonntags, 20 bis 21 Uhr).

Auch außerhalb des Sendegebiets von Funkhaus Europa gibt es ankommende Flüchtlinge und damit einen steigenden Bedarf an Informationen in den Muttersprachen. Hoffentlich nehmen sich in diesen Zeiten auch andere ARD-Anstalten ein Beispiel und geben die Programme von Funkhaus Europa über ihre Antennen! **David Jacobs** ■

Stiftungen für Qualitätsjournalismus

26 Stiftungen und Vereine haben einen Aufruf zu mehr Engagement für Qualitätsjournalismus verabschiedet. Damit wollten sie andere Stiftungen motivieren, sich an der Journalismusförderung zu beteiligen, teilte der Bundesverband Deutscher Stiftungen im September in Berlin mit. Zudem wolle die Initiative die Debatte um Qualitätsjournalismus und Meinungsvielfalt vorantreiben.

Im Aufruf sind vier Felder genannt, auf denen sich Stiftungen für Qualitätsjournalismus bereits engagieren und verstärkt engagieren könnten: Journalisten- und Journalismusförderung, Journalistische Glaubwürdigkeit, Vertrauensmangel adressieren und Wertschätzung erhöhen und Forschung und Bedarfsanalyse.

Notwendig sei eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten für freie und festangestellte Journalisten, zum Beispiel Recherchestipendien, Austauschprogramme oder Preise für Qualitätsjournalismus. Auch die Forschung über Qualitätsjournalismus könnten Stiftungen voranbringen. Sie sollten dem Aufruf zufolge dabei helfen, die Wertschätzung von Journalismus zu erhöhen und in die journalistische Glaubwürdigkeit investieren.

Stiftungen könnten den Dialog zwischen Medienmachern und -nutzern befördern, Best-Practice-Ansätze unterstützen und Recherchen per Crowdsourcing ermöglichen. Sie könnten Projekte stärken, die nicht nur journalistische Beiträge, sondern auch Datensammlungen der Allgemeinheit zur weiteren Nutzung zur Verfügung stellen. **Red.** ■

Urheberrechte gestärkt

ver.di begrüßt die Absicht des Bundesjustizministeriums, die wirtschaftliche Situation von Urhebern und ausübenden Künstlerinnen und Künstlern zu stärken. Der Referentenentwurf zur Novellierung des Urheberrechtsgesetzes „stellt einen dringend notwendigen und lange überfälligen Schritt zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der professionellen Medien- und Kulturschaffenden in Deutschland dar. Allerdings gibt es Punkte, an denen nachgebessert werden sollte", sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Der Gesetzentwurf sieht strengere Regeln für Urheberverträge vor, etwa das Recht auf gesonderte Vergütung für mehrfache Nutzungen, eine Pflicht der Werknutzer zur jährlichen Rechnungslegung oder die Möglichkeit, Rechte nach fünf Jahren einem anderen Vertragspartner einzuräumen. Der Referentenentwurf sieht zudem ein Verbandsklagerecht vor. Damit könnte künftig ver.di das Unterlaufen von Vergütungsregelungen gerichtlich untersagen lassen. „Das stärkt die Position der Medien- und Kulturschaffenden sowie der Gewerkschaften. Allerdings greift das Verbandsklagerecht in der vorliegenden Form zu kurz. Denn es wirkt nur gegenüber Verwertern, die gegen die von ihnen oder ihrem Verband aufgestellten Vergütungsregelungen verstoßen. Gegenüber schwarzen Schafen, die sich seit jeher einer gemeinsamen Vergütungsregelung mit der Gewerkschaft verweigern, entfaltet das Verbandsklagerecht keine Wirkung. Vergütungsregelungen sollten deswegen künftig durch Verordnungen verbindlich gemacht werden.", sagte Werneke.

PM/Red. ■

Unangenehme Fragen

Streit über Alleintäterthese beim Reichstagsbrand – Spiegel-Story erneut kritisch gesehen

Die Debatte um die Alleintäterthese flammt nach einer Publikation des amerikanischen Historikers Benjamin Carter Hett wieder auf – und rückt damit den bislang meinungsführenden Spiegel erneut in ein kritisches Licht.

Morgen-Ausgabe

Vorwärts

Wählt Liste 2 Sozialdemokraten

DIENSTAG 28. Februar 1933

BERLINER VOLKSBLATT

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Riesenbrand im Reichstag

Gestern in der zehnten Abendstunde brach im Reichstagsgebäude an mehreren Stellen zugleich ein Riesenbrand aus. Das Feuer ergriff den Sitzungssaal und schlug bald zur Kuppel heraus. Die Feuerwehr aus ganz Berlin wurde zusammengezogen. Der Sitzungssaal brannte vollständig aus. Es liegt Brandstiftung vor.

Kuppel gefährdet

Die Eisenkonstruktion der großen Mittelkuppel hat sich verbogen und ist teilweise eingestürzt.

Ein Täter

Maurer van der Luebbe aus Leyden Polizeiverdacht gegen Kommunisten

WTB. 12 Uhr 15 Min.:

Die Berliner Polizei, sowohl die politische Polizei als auch die Schutzpolizei, sind aus Anlaß des Reichstagsbrandes in die höchste Alarmstufe versetzt worden.

Im Polizeipräsidium ist eine Sonderkommission für den Reichstagsbrand gebildet worden, die eine weitere Vernehmung des Täters durchgeführt

eine gute Ortskenntnis gehabt haben muß, so daß die Meinung vorherrscht, er habe in führenden Kommunisten, die im Reichstage ein- und ausgehen, Helfershelfer.

Feuer eingekreist

Gegen 1 Uhr nachts erfuhren wir, daß der Brand endgültig um 0,25 Uhr eingetroffen ist. Die Gefahr eines weiteren Umsichgreifens besteht nicht mehr.

Insgesamt sind von dem Riesenfeuer folgende Räume erfaßt worden: der Plenarsitzungssaal mit sämtlichen Tribünen, einzelne Gänge um den Plenarsitzungssaal, einzelne Pressezimmer, der Reichsratsvorsaal und fast die gesamten Restaurationsräume sowie verschiedene Abgeordnetenzimmer im zweiten Obergeschoß.

Polizei sichert auch den Landtag

Kurz vor Mitternacht besetzten mehrere Polizeiposten das in der Prinz-Albrecht-Straße gelegene Landtagsgebäude.

Die letzte Ausgabe des Berliner „Vorwärts"

Der eigentliche Tag der Machtergreifung der Nationalsozialisten war nicht der 30. Januar, sondern der 27. Februar 1933. Am Abend dieses Tages zündeten sie den Reichstag an, um sich ein Alibi für die völlige Beseitigung der demokratischen Freiheitsrechte zu verschaffen. Indem sie der Sozialdemokratie eine Beteiligung an der Brandstiftung unterstellten, wollten sie ihre Unterdrückung psychologisch vorbereiten. Der erste Schlag sollte noch in derselben Nacht mit dem Verbot des „Vorwärts" erfolgen. Lastwagen rollten auf den Hof des Druckereigebäudes, Beauftragte Görings ließen die Rotationsmaschinen anhalten und beschlagnahmten die bereits teilweise gedruckte Morgenausgabe vom 28. Februar 1933 mit den ersten Berichten über das schauerliche Ereignis. Nur wenige Stücke der letzten „Vorwärts"-Nummer entgingen der Vernichtung. Wir zeigen hier im Bilde das unseres Wissens einzige noch erhaltene Exemplar dieses bedeutsamen Dokuments einer verhängnisvollen geschichtlichen Wende.

Abb: Archiv Hersch Fischler

Der „Vorwärts" druckte anlässlich seines 80. Jubiläums 1956 diese „zweite Version" ab, unter der Annahme, es handele sich um das „einzige noch erhaltene Exemplar" der Zeitungsausgabe aus der Nacht des Reichstagbrandes.

Die Titelstory „Das Rätsel um den Reichstagsbrand" des amerikanischen Historikers Benjamin Carter Hett war in der Redaktion der Welt durchaus umstritten. Ganze fünf Seiten hatte *Welt*-Herausgeber Stefan Aust in der Sonntagsausgabe vom 24. Mai 2015 durchgesetzt – „gegen den ausdrücklichen Rat" der Fachredaktion. Deren Leiter Sven Felix Kellerhoff warnte, der Beitrag werde „den Markenkern Seriosität der *Welt* beschädigen". Carter Hett hatte in seinem Beitrag wesentliche Ergebnisse seines bei Oxford University erschienenen Buchs zum Reichstagsbrand zusammengefasst, welche die These von der Alleintäterschaft des Marinus van der Lubbe erschüttern. Diese wird bis heute von den meisten Historikern vertreten.

Gleichwohl gerät die Debatte um die Genese des Reichstagsbrands immer mehr zu einer Debatte um die Medien, die sich in Deutschland für die Alleintäterthese stark gemacht haben. Kellerhoff selbst ist keineswegs neutraler Beobachter, hat er doch selbst 2008 ein Buch zum Reichstagsbrand veröffentlicht, das die in Deutschland noch immer führende Alleintäterthese unterstützt. Carter Hett hingegen behauptet nun in seinem Beitrag, diese These sei Ende der 50er Jahre vom Verfassungsschützer Fritz Tobias im Rahmen eines Dienstauftrags wiederbelebt worden.

Tobias war kein Journalist, kein Historiker. Er hatte in den 50er Jahren in Niedersachsen die Nachrichtenpolizei aufgebaut und arbeitete seit 1959 beim niedersächsischen Landesverfassungsschutz. Zu Tobias „Klienten" gehörten in den 50er Jahren die Polizeikommissare Walter Zirpins, Helmut Heisig und Rudolf Braschwitz, die im Reichstagsbrand ermittelt hatten. Helmut Heisig starb bereits 1954. Die zwei anderen bekamen ab Ende der 50er Jahre Probleme im Zuge des Wiederaufnahmeverfahrens für van der Lubbe und in Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung zugunsten der Nationalsozialisten bei der Aufklärung des Reichstagsbrands.

In dieser Zeit stand das Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ), das in Deutschland maßgeblich mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit betraut war, der Alleintäterthese noch kritisch gegenüber. Fritz Tobias setzte sich nun auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass diese zum dominanten Erklärungsmodell wurde: In den Jahren 1959 und 1960 schrieb er für den *Spiegel* eine Artikel-Serie, die vom ehemaligen Pressechef im NS-Außenministerium Paul Karl Schmidt redigiert wurde. 1962 legte Tobias mit einer Buchveröffentlichung nach. Dabei stütze er sich maßgeblich auf die Aussagen von Zirpins und eigene Untersuchungen.

In einem weiteren Schritt sollte die These auch höchsten wissenschaftlichen Segen erhalten. So setzte Tobias den damaligen IfZ-Direktor Helmut Krausnick unter Druck, nachdem er herausgefunden hatte, dass dieser von 1932 bis 1934 Mitglied der NSDAP gewesen war. Daraufhin entzog das IfZ dem Historiker Hans Schneider, der Quellenmanipulationen dokumentiert hatte, 1962 den Auftrag und untersagte ihm die Publikation seiner Arbeit. Zwei Jahre später bewertete der IfZ-Mitarbeiter Hans Mommsen die Alleintäterthese als durch die Dokumente bewiesen. Erst 2001 distanzierte sich das IfZ von Mommsen, nachdem der Soziologe Hersch Fischler diese Umstände nach einer Recherche im IfZ-Hausarchiv aufgedeckt hatte. Fischler, der sich seit zwei Jahrzehnten immer wieder mit den unterschiedlichsten Facetten des Falls befasst und dessen Recherchen bereits in zwei Fällen zur Einsetzung von Historikerkommissionen führten, wurde damals ein Einblick in das *Spiegel*-Archiv verwehrt.

Nachdem Carter Hett jedoch für sein Recherche-projekt Zugang zu den Tobias-Akten zur *Spiegel*serie im Hausarchiv des Magazins erhalten konnte, entdeckte er dort einen Brief von Tobias an den *Spiegel*-Redakteur Günther Zacharias. Darin heißt es, Krausnick müsse nun „zittern", dass „seine braune Vergangenheit herauskommt". Hett konnte mit dem Schreiben also nochmals bestätigen, was Fischler bereits 2004 publiziert hatte, nämlich dass Tobias Krausnick unter Druck gesetzt hatte.

Auch konnte sich Hett einen Brief von Rudolf Diels bei einem Besuch bei Tobias ausleihen und kopieren. Diels hatte damals als Chef der Politischen Polizei die Aufsicht über die Ermittlungen. Er empfahl in dem Schreiben von 1946 der britischen Delegation beim Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, den früheren SA-Führer Hans Georg Gewehr als Hauptverdächtigen zu vernehmen. Fritz Tobias hatte den Brief bereits in den 80er Jahren erhalten, hielt ihn aber bei Übergabe des Diels-Nachlasses an das Niedersächsische Staatsarchiv zurück.

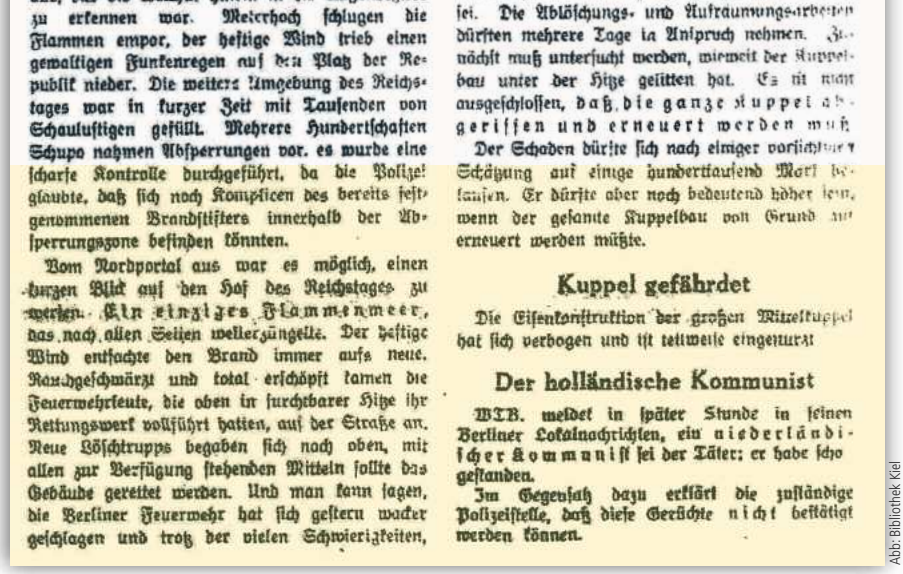
Fischler ist der Meinung, dass der ehemalige *Spiegel*-Chefredakteur Stefan Aust mit der Carter-Hett-Veröffentlichung in der Welt eine Art „Flucht nach vorne" angetreten habe. 2001 hatte der *Spiegel* unter Austs Leitung im Beitrag „Flammendes Fanal" noch einmal die Alleintäterthese bestätigt. Der ehemalige *Spiegel*-Chefredakteur Martin Doerry sagte Ende 2014 dem ZAPP-Magazin von NDR, er wolle die alten Nazi-Seilschaften im *Spiegel* „nicht verharmlosen", aber die Alleintäterthese sei „inzwischen geltende historische Auffassung", die „allgemein akzeptiert" sei.

Stefan Aust hingegen sieht die Geschichte inzwischen in einem anderen Licht. Diesen April erzählte er auf einer Veranstaltung in der Königlichen Bibliothek in Kopenhagen, dass Rudolf Augstein die Veröffentlichung eines Artikels über NS-Seilschaften beim *Spiegel* entgegen seinem Rat abgelehnt hatte. Und über die Serie von Fritz Tobias urteilte Aust, „dass die Story nicht richtig war" und der *Spiegel* zu der damaligen Zeit „nicht ganz sauber" gewesen sei. Es seien noch die alten Nazi-Seilschaften aktiv gewesen, die im *Spiegel* eine „ganz schön falsche Geschichte erzählt" hätten. Dabei verweist er auch auf Carter Hett.

Sven Felix Kellerhoff, der Fritz Tobias zu Lebzeiten mehrfach besucht hat, hingegen versucht einen Schlussstrich zu ziehen: „Für mich ist das Thema abgeschlossen, es sind keine Quellen mehr übrig. Da muss schon jemand ein Dokument präsentieren, dass die Alleintäterthese nachhaltig widerlegt." Für einen Schlussstrich ist es nach Fischlers Ansicht, aber aufgrund vieler aufklärungsbedürftiger Spuren noch zu früh. Er weist außerdem darauf hin, dass sich inzwischen auch die renommierten Historiker Ian Kershaw und Michael Wildt von der Alleintäterthese distanziert hätten. Zuvor waren es bereits Alexander Bahar und Wildfried Kugel, die die These von der SA-Beteiligung vertreten.

Nur ein Beispiel von vielen bis heute unaufgeklärten Merkwürdigkeiten: Der Reichstagsbrand fand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 statt. Etwa gegen 2 Uhr am Morgen des 28. wurde die Redaktion des sozialdemokratischen *Vorwärts* in Berlin von der Polizei besetzt, die Auflage wurde in der Druckerei beschlagnahmt. Nur wenige Exemplare waren kurz zuvor in andere Städte ausgeliefert worden. Fischler stellte im Rahmen des Zeitungszeugenprojekts 2009 fest, dass es von der letzten Ausgabe des *Vorwärts* in den Archiven zwei Versionen gibt.

Die eine Version ist heute noch im Original beziehungsweise auf Microfiche gesichert in den Bibliotheken in Kiel, Rostock, Köln, Bonn und Stuttgart einzusehen. Darin erwähnt die Redaktion auf der Titelseite eine Meldung der von den Nationalsozialisten dirigierten Nachrichtenagentur W.T.B, ein „holländischer Kommunist" habe den Anschlag gestanden. Dieser hält sie aber eine eigene Recherche mit den



zu erkennen war. Meterhoch schlugen die Flammen empor, der heftige Wind trieb einen gewaltigen Funkenregen auf den Platz der Republik nieder. Die weitere Umgebung des Reichstages war in kurzer Zeit mit Tausenden von Schaulustigen gefüllt. Mehrere Hundertschaften Schupo nahmen Absperrungen vor, es wurde eine scharfe Kontrolle durchgeführt, da die Polizei glaubte, daß sich noch Komplicen des bereits festgenommenen Brandstifters innerhalb der Absperrungszone befinden könnten.

Vom Nordportal aus war es möglich, einen kurzen Blick auf den Hof des Reichstages zu werfen. Ein einziges Flammenmeer, das nach allen Seiten wellenzüngelte. Der heftige Wind entfachte den Brand immer aufs neue. Rauchgeschwärzt und total erschöpft kamen die Feuerwehrleute, die oben in furchtbarer Hitze ihr Rettungswerk vollführt hatten, auf der Straße an. Neue Löschtrupps begaben sich nach oben, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sollte das Gebäude gerettet werden. Und man kann sagen, die Berliner Feuerwehr hat sich gestern wacker geschlagen und trotz der vielen Schwierigkeiten,

sei. Die Ablöschungs- und Aufräumungsarbeiten dürften mehrere Tage in Anspruch nehmen. Zunächst muß untersucht werden, wieweit der Kuppelbau unter der Hitze gelitten hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganze Kuppel abgerissen und erneuert werden muß.

Der Schaden dürfte sich nach einiger vorsichtiger Schätzung auf einige hunderttausend Mark belaufen. Er dürfte aber noch bedeutend höher sein, wenn der gesamte Kuppelbau von Grund auf erneuert werden müßte.

Kuppel gefährdet

Die Eisenkonstruktion der großen Mittelkuppel hat sich verbogen und ist teilweise eingestürzt

Der holländische Kommunist

WTB. meldet in später Stunde in seinen Berliner Lokalnachrichten, ein niederländischer Kommunist sei der Täter; er habe schon gestanden.

Im Gegensatz dazu erklärt die zuständige Polizeistelle, daß diese Gerüchte nicht bestätigt werden können.

Abb: Bibliothek Kiel

Die erste Version mit einem deutlich anderem Umbruch und Text hält der Identifikation des Täters in dürren Zeilen eine eigene Recherche entgegen.

Worten entgegen: „Im Gegenzug dazu erklärt die zuständige Polizeistelle, dass diese Gerüchte nicht bestätigt werden können." Fischler entdeckte im Bundesarchiv ein internes Polizeitelegramm vom 28.2., in dem von zwei festgenommenen Tätern die Rede ist. Ebenfalls im Bundesarchiv entdeckte er die Notiz eines W.T.B.-Mitarbeiters, der „ein Gespräch, das zwischen einem Berichterstatter des *Vorwärts* und der Redaktion des *Vorwärts* geführt wurde, abgehört" hatte. Er informierte die Politische Polizei noch am 27.2. darüber, dass der *Vorwärts* offenbar davon ausgehe, dass als Brandstifter NSDAP-Angehörige in Frage kämen.

In der zweiten Version der letzten *Vorwärts*-Ausgabe hingegen wird die W.T.B-Meldung ohne Gegenrecherche übernommen, die unter dem Titel „Ein Täter" bereits die Alleintäterschaft suggeriert. Kurios ist nun, dass ausgerechnet diese zweite Version 1973 als Nachdruck des Orbis-Verlags auf einem alt wirkenden Papier auftaucht und seither in vielen wissenschaftlichen Publikationen, dem Wikipedia-Beitrag zum Reichstagsbrand und sogar Museen und Archiven als nicht hinterfragtes Original kursiert. Dieser Nachdruck ist in der Papierqualität so gut wie nicht vom Original zu unterscheiden, aber in Länge und Breite um etwa 5 cm größer.

Irritierend ist, dass die zweite Version im Original-Format bisher nur in einem einzigen Exemplar im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgetaucht ist, ohne Eingangsstempel. Dieses ist in einem Band in Japan-Papier versiegelt und eingebunden. Eine haptische Papierprüfung ist so nicht möglich. Wie die Version ins Archiv kam, ist ungeklärt. Ein Papier-Original der ersten Version konnte im Archiv nicht aufgefunden werden. Wohl deshalb wurde für eine Sicherheitsverfilmung im Jahr 1962 ein Exemplar aus einer anderen Bibliothek verwendet. Bei der anstehenden Digitalisierung des Vorwärts sollen jedenfalls alle vorhandenen Versionen publiziert werden, versichert Projektleiter Olaf Guercke.

Fischler wies bereits 2012 das Archiv auf die zwei Versionen hin – und er hält zwei Erklärungen für möglich: Entweder dem Archiv wurde eine Fälschung in hoher Qualität untergeschoben, die für den Nachdruck herangezogen wurde. Oder der Vorwärts hat in jener Nacht, um ein Verbot abzuwenden, noch eine zweite Version erstellt. Allerdings bleibt es ein Rätsel, wie das angesichts der kurzen Zeit zwischen dem ersten Druck und dem Ankommen der Polizei zu schaffen gewesen sein soll. Zudem sind bislang keine Berichte oder Zeugenaussagen von damals Beteiligten bekannt, die einen zweiten Andruck bestätigen würden.

Christiane Schulzki-Haddouti ■

Mehr Informationen:

https://mmm.verdi.de/archiv/2006/07-08/pressefreiheit/autorisierung_und_rechthaben

http://mmm.verdi.de/archiv/2006/09/journalismus/verharmlosung_im_rueckblick

http://www.welt.de/geschichte/article141349436/Das-Raetsel-um-den-Reichstagsbrand.html

Interview mit Stephan Aust:
https://youtu.be/JFWlXYQtw4I

Benjamin Carter Hett,
„Burning the Reichstag
An investigation into the Third Reich's enduring mystery"
Oxford University Press
Oxford 2014
ISBN 978-0-19-932232-9

Durchbruch für DAB+?

Fortsetzung der (fast) unendlichen Geschichte des Digitalradios

Wird in naher Zukunft DAB+ den Radioempfang über UKW endgültig ablösen? Wie können kleine lokale und regionale Sender den teuren Umstieg stemmen? Diese und andere Fragen diskutierten Betroffene und Wissenschaftler auf dem Digitalradiotag der Medienanstalten auf der diesjährigen Internationalen Funkausstellung (IFA) Anfang September in Berlin.

Auf den ersten Blick lesen sich die Zahlen im brandneuen „Digitalisierungsbericht 2015" gut: Zehn Prozent aller bundesdeutschen Haushalte verfügen mittlerweile über ein DAB+-Empfangsgerät – gegenüber 2013 eine glatte Verdoppelung. 7,9 Millionen Menschen – das sind rund elf Prozent der Bevölkerung – nutzen hierzulande DAB+. Die Tagesreichweite liegt bei knapp über fünf Millionen. Davon entfallen 2,9 Millionen Hörerinnen und Hörer auf die DAB-Programme der ARD, während rund 2,2 Millionen Hörer die privaten DAB-Angebote nutzen. In jedem der vier Millionen mit Digitalradio ausgestatteten Haushalten sind durchschnittlich 1,6 DAB+-fähige Geräte im Einsatz – auch beim Digitalradio geht der Trend zum Zweitgerät.

Manchen Akteur verleitet die jüngere Entwicklung schon wieder zu euphorischen Sprüchen. „Die Kuh fliegt – und sie nimmt Tempo auf", frohlockte beispielsweise Willi Steul, der Intendant des Deutschlandradios im Angesicht der neuen Zahlen. Aber ist diese Euphorie wirklich berechtigt? Die gefeierte Marge von zehn Prozent DAB+-Haushalten bedeutet im Umkehrschluss: 90 Prozent der Haushalte zeigen sich bislang von den Segnungen der neuen Übertragungstechnik unbeeindruckt. Nach wie vor leidet das Digitalradio unter einem Akzeptanzproblem. Die Vorzüge hingegen sind seit Jahren sattsam bekannt. DAB+ nutzt Frequenzressourcen besser aus, ermöglicht mehr Medienvielfalt, hat günstigere Verbreitungskosten, verfügt über höhere Klangqualität als UKW und bietet bessere Verkehrsinformationen. Aber wichtige Player sperren sich nach wie vor.

Fotos: Hermann J. Haubrich

Willi Steul, Intendant des Deutschlandradios

Die Zurückhaltung der Autohersteller. Ein entscheidender Treiber könnten zum Beispiel die Automobilunternehmen sein. Aber die halten sich einstweilen vornehm zurück. Gerade mal 1,91 Millionen Autos sind mit DAB+ ausgestattet, ein kümmerlicher Prozentsatz von knapp fünf Prozent. „Das Produkt ist offensichtlich noch nicht so attraktiv, wie es sein müsste, um die restlichen 90 Prozent zur Anschaffung eines Digitalradios zu motivieren", sagt Volker Schott vom Verband der Automobilindustrie. Er verwies auf mangelnde Sendervielfalt. Auch bei der Netzabdeckung gebe es noch Lücken. Zwar liege der Versorgungsgrad auf den Autobahnen schon bei fast 100 Prozent. Aber mehr als die Hälfte aller zurückgelegten Wege fänden jenseits der Highways statt, und dort liege der mobile Empfang erst bei 85 Prozent. Andererseits: In Großbritannien, einem Eldorado der Digitalisierung, werden Neuwagen serienmäßig mit Digitalradio ausgestattet. Die Kritik, hierzulande sei DAB+ beim Neuwagenkauf nur als teure Sonderausstattung mit mehreren Hundert Euro Zusatzkosten zu haben, ließ Schott abperlen. Programm- und Netzangebote seien einfach nicht attraktiv genug. Sobald diese Probleme gelöst seien, würden die Autohersteller Digitalradio in Serie anbieten – „zumindest im Premium-Segment".

Die Geräteindustrie wiederum meint, ihre Hausaufgaben gemacht zu haben. „Die Geräte sind da, die Akzeptanz ist da", sagte Andreas Schneider, Digitalradio-Sprecher beim Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie (ZVEI), zugleich Leiter der AG digitale Endgeräte bei Sony. Digitalgeräte seien im Audiobereich der Wachstumstreiber, in Europa sogar der stärkste digitale Wachstumsmarkt", so Schneider: „Wir stehen Gewehr bei Fuß". Dumm nur, dass am IFA-Stand von Sony kein einziges DAB-Gerät ausgestellt war. Auch von einer Empfehlung des ZVEI an seine Mitglieder, DAB-Geräte vorteilhaft in Szene zu setzen, war nirgends die Rede.

Heikle Finanzierungsfragen. Während einige der Beteiligten noch mauern, richten sich viele Hoffnungen auf das unlängst beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gegründete neue „Digitalradio Board". Dem Board gehören 15 Vertreter von Bund, Ländern, öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern, Landesmedienanstalten, die Bundesnetzagentur sowie Radio- und Automobilhersteller an. Das Gremium soll dem schon seit Jahrzehnten diskutierten Umstieg von UKW auf Digitalradio endlich den entscheidenden Kick geben.

Dorothee Bär, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), sprach die heikle Finanzierungsfrage an. „Es ist uns bewusst, dass kleine lokale Rundfunkanbieter den Übergang zur digitalen Verbreitung nicht allein stemmen können", konstatierte sie. Man kenne die Forderungen, aus einem Teil der Erlöse aus der letzten Frequenzversteigerung die Simulcast-Phase von UKW und DAB+ zu finanzieren. Zwar bekannte sich Bär zur Förderung des Digitalradios. Allerdings lehnte sie es ab, irgendwelche konkrete finanzielle Zusagen zu machen. Die Versteigerungserlöse aus der „Digitalen Dividende II" sind nach den Ministeriumsplänen weitgehend für den Breitbandausbau zweckgebunden.

Für Hans-Dieter Hillmoth, Vorstandsmitglied des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) ist völlig klar: „Das Radio der Zukunft wird durch die lokale und regionale Verankerung leben." Entscheidend sei die Verwurzelung der Moderatoren, die Interaktion des Publikums mit den jeweiligen local heroes. Selbst Apple mache mit seinem neuen Musik-Streaming-Dienst „Beats 1" gerade die Erfahrung, dass selbst ein gut gemachtes weltweites Radioprogramm nicht wirklich funktioniere. Er plädierte dafür, die bereits vorhandenen Stärken „zum Fliegen zu bringen".

Digitalradiotag auf der IFA – es diskutierten Jörn Krieger, Volker Schott, Ulrich Liebenow, Hans-Dieter Hillmoth Gerd Bauer, Andreas F. W. Schneider (v.l.n.r.)

Dorothee Bär, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Martin Deitenbeck, Mitglied im Fachausschuss Technik, Netze, Konvergenz der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM)

Die lokalen, regionalen, landesweiten Programme müssten über DAB+ verlässlich störungsfrei zu hören sein. Daran anschließend stelle Hillmoth kritische Fragen: Brauchen wir nationale Multiplexe? Wie viele Programme wollen wir insgesamt haben? Und wie diese finanzieren? Für kleinere und mittlere Privatsender sei jetzt schon die Refinanzierung „extrem schwierig".

Im Gepäck hatte Hillmoth ein VPRT-Positionspapier mit einem klaren Bekenntnis zur Digitalisierung des Hörfunks. Darin heißt es präzisierend, „digitales Radio sei nicht nur DAB Plus, sondern vor allem als Webradio und andere Audioangebote im Netz erfolgreich". Zur Gewährleistung der regionalen Vielfalt des Mediums benötige das Privatradio einen „Ordnungsrahmen, der eine Schädigung der Gattung Radio und existenzielle Auswirkungen auf den Lokalfunk vermeidet". Um eine Ausstrahlung über alle Geräte zu gewährleisten, fordert der Verband die Einführung eines Multi-Chips, der die Übertragung über UKW, DAB+ und Internet ermöglicht.

Staatliche Regulierung und öffentliche Förderung. Wie könnte eine „Roadmap" für den Weg zum Digitalradio hierzulande aussehen? „Allein marktgetrieben wird der Umstieg nicht gelingen", konstatierte Martin Deitenbeck, Mitglied im Fachausschuss Technik, Netze, Konvergenz der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM). Ohne staatliche Regulierung samt öffentlicher Förderung werde es nicht gehen. Digital bedeute allerdings auch für die Medienanstalten „DAB+ und Internet, also hybrid". Wie bringt man am besten lokalen und regionalen Hörfunk in die digitale Welt? Der DLM-Mann unterschied zwischen einer Aufbau- und einer Migrationsphase. Für die Aufbauphase gelten klare Kriterien: an deren Ende müsse eine 95prozentige Flächenabdeckung mit mindestens zwei Multiplexen stehen. Nötig sei ein „quantitativer Programm-Mehrwert" gegenüber der aktuellen UKW-Versorgung, dazu müssten „mindestens 30 Prozent der neu verkauften Geräte" DAB+-tauglich sein. Diese drei Kriterien, so schätzt Deitenbeck, seien in den nächsten zwei bis drei Jahren erfüllbar. Länger dauern werde wohl die gleichfalls nötige Entwicklung eines „Messverfahrens, das die tatsächliche Nutzung von Digitalradio belastbar nachweist".

Für die Migrationsphase gelte unter anderem, dass UKW-Frequenzzuweisungen nur an Veranstalter erfolgen dürften, die ihre Programme per Simulcast verbreiteten. Unzulässig sei künftig ferner die UKW-Verbreitung von bislang ausschließlich digital verbreiteten Programmen – ein Seitenhieb auf den Bayerischen Rundfunks, der seinen digitalen Jugendkanal BR Puls auf der UKW-Frequenz von BR Klassik ausstrahlen will. Das Ende der Migrationsphase bedeute das Ende des Simulcastbetriebs und damit auch das Ende von UKW.

Auf diesem Weg kann Ulrich Liebenow, Leiter der AG Digitalradio der ARD, gut mitgehen. Für ihn zählen vor allem die Inhalte. Bei guter technischer Versorgung und einem verbesserten Programmangebot werde eine weitere Zunahme der Akzeptanz von Digitalradio nicht ausbleiben, prognostizierte er. Allerdings, so räumte er ein, sei auch innerhalb der ARD der „Enthusiasmus für DAB+ unterschiedlich ausgeprägt". Liebenow plädierte für eine „möglichst kurze Simulcast-Phase, um die Kosten gering zu halten".

Nach wie vor ungeklärt ist weiterhin, aus welchen Mitteln die Privatsender in der Migrationsphase den Simulcastbetrieb finanzieren sollen. Eine denkbare Alternative: Die Quersubventionierung dieser Aufgabe aus den Erlösen der im Juni abgeschlossenen Versteigerung terrestrischer Fernsehfrequenzen. Aber auch die beträchtlichen Mehreinnahmen aus dem neuen Rundfunkbeitrag könnten eine mögliche Finanzierungsquelle sein. Gerd Bauer, Direktor der Landesmedienanstalt Saarland, kann sich sogar eine direkte staatliche Unterstützung vorstellen. Schließlich sei auch die bundesweite Verkabelung in den 1980er Jahren aus Steuermitteln finanziert worden. Wenn die Politik einen „eigenständigen digitalen Verbreitungsweg für das Radio" wünsche, müsse sie auch die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen. Die Privatsender dürften mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden, weil sonst die „Gefahr eines Auseinanderdriften des dualen Systems" entstehe.

Bleibt noch die Frage nach Sinn und Unsinn eines konkreten Abschalttermins für UKW. Den gab es schon einmal. Aber angesichts der Hunderte Millionen UKW-Empfangsgeräte in deutschen Haushalten wurde der klammheimlich wieder kassiert. Selbst unter den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist diese Frage umstritten. Während die ARD nach den bisherigen Erfahrungen einer solchen Deadline eher skeptisch gegenüber steht, können die Verantwortlichen des Deutschlandradios sich das sehr wohl vorstellen. DLR-Intendant Steul: „Ich bin weiterhin der Meinung, dass ein anvisiertes Abschaltdatum von UKW der Sache hilfreich wäre." Immer wieder genannt wird das Jahr 2025. **Günter Herkel** ■

Inakzeptabler Druck

BBC drohen drastische Einsparungen – Gewerkschaften werden nicht informiert

Wie weiter mit der BBC? Darüber wird auf den britischen Inseln gerade heftig gestritten. Alle zehn Jahre wird die den staatlichen Auftrag für die BBC definierende so genannte „royal charter" erneuert. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten zur Reform sowohl im inhaltlich-programmatischen Bereich, als auch was die Finanzierung angeht. Dieses Jahr ist es wieder soweit.

Und ausgerechnet in diesem Jahr ist die BBC mit einer ihr, gelinde ausgedrückt, nicht besonders freundlich gesonnenen Regierung konfrontiert. Für die regierenden Konservativen ist die Sendeanstalt ein Paradebeispiel wuchernder öffentlicher Institutionen in staatlicher Hand, die es mindestens zurechtzustutzen gilt, wenn man sie schon nicht vollständig zerschlagen kann.

Da kommt es den Tories ziemlich gut gelegen, dass der Erneuerungsprozess für die „royal charter" mit der Durchsetzung eines ziemlich heftigen Sparhaushaltes zusammenfällt. „Auch die BBC muss bei dem Vorhaben, den Kontostand unseres Landes wieder auszubalancieren, ihren Beitrag leisten" erklärte Kulturminister John Whittingdale am 16. September. „Diesen Beitrag" leistet die BBC, indem sie die Lizenzgebühren für über 75-jährige Menschen zukünftig aus eigener Tasche zahlen wird. Dem hatte Generaldirektor Tony Hall nach Geheimverhandlungen mit der britischen Regierung zugestimmt. Der BBC werden dadurch Mehrkosten von 700 Millionen Pfund aufgebürdet.

Große Wut. Die bei der BBC vertretenen Gewerkschaften erfuhren davon erst aus den Nachrichten. Entsprechend groß die Wut von Michelle Stanistreet, der Generalsekretärin der britischen Journalistengewerkschaft NUJ. In einem Interview für die Tageszeitung *The Guardian* hielt sie mit Kraftausdrücken nicht zurück: „Die richtige Reaktion auf den inakzeptablen Druck der Regierung wäre gewesen, wenn Tony Hall gesagt hätte: 'Fuck off, kommt schon her, wir werden das bekämpfen.'" Das jedoch ist von der Führungsspitze der BBC nicht zu erwarten. Entsprechend groß die Sorgen bei der Belegschaft, wie Keith Murray zu berichten weiß. Murray ist so etwas wie der oberste Vertrauensmann der NUJ bei der BBC. Als solcher kommt er viel herum, kennt die Ängste und Nöte der Gewerkschaftsmitglieder in den verschiedenen Standorten: „Durch dieses Geheimabkommen wird es in den nächsten fünf Jahren 20 Prozent zusätzliche Einsparungen geben. Keiner weiß, wo die herkommen sollen."

Tatsächlich gibt es bislang nur Gerüchte. Diskutiert wird unter anderem über die Einstellung des Kulturfernsehsenders BBC 4. Dass Teile der BBC stillgelegt werden sollen, daran lässt auch der Generaldirektor selbst keine Zweifel. In einer Rede am siebten September sagte er: „Wir werden einige unserer Dienste kürzen oder stilllegen müssen. Das ist unausweichlich."

„Die Frage ist also nicht mehr", so kommentiert Keith Murray, „was die BBC alles machen kann. Die Diskussion ist: was macht sie zukünftig nicht mehr! In der Belegschaft kursieren Gerüchte, dass 3000 Stellenstreichungen geplant sind. Dabei sind schon 8000 Stellen in den letzten sieben bis acht Jahren verloren gegangen."

Diese Menschen fehlen jetzt im Arbeitsalltag, so Murray: „Die Moral ist im Keller. 8000 Menschen sind weg, der Rest muss das kompensieren. Manche arbeiten Nachtschichten, die 13-Stunden dauern. Die allermeisten machen Überstunden, nur um ihren vertraglichen Kernverpflichtungen nachzukommen. Es gibt kein Licht am Ende des Tunnels."

Die Sparmaßnahmen haben noch einen weiteren unangenehmen Nebeneffekt. Um sie durchzusetzen, wendet das Management einige Druckmittel an. Eine von der Rechtsanwältin Dinah Rose durchgeführte Untersuchung kam im Juli zu dem Schluss, dass Mobbing bei der BBC ein „institutionelles Problem" sei. Dabei sei vor allem der andauernde Stellenabbau als Drohinstrument gegen unliebsame Beschäftige verwendet worden. Vor allem Mitarbeiter mit unsicheren oder freiberuflichen Verträgen seien betroffen. In einer gewerkschaftlichen Stellungnahme im Rahmen der Untersuchung wies die NUJ zusätzlich darauf hin, dass in diesem Klima Sexismus und Altersdiskriminierung drastisch zugenommen hätten.

Neue Blüten. Derweil treibt die Debatte über die zukünftigen Aufgaben der BBC neue Blüten. So fühlen sich die Herausgeber britischer Lokalzeitungen belästigt. Die BBC sei Schuld am Zeitungssterben, behauptet unter anderem die „News Media Association", ein Interessenverband von Lokal- und Tageszeitungen. Nun handelt es sich bei den Eigentümern der Lokalzeitungen um Großkonzerne. Ihnen kommt die BBC jetzt entgegen. Laut Tony Hall will der staatliche Rundfunk in Zukunft 100 Lokaljournalisten abstellen, damit diese mit Lokalzeitungen zusammenarbeiten. Das wäre eine staatliche Förderung privater Medienkonzerne.

Für die Journalistengewerkschaft ist das ein Zugeständnis an die kommerziellen Konkurrenten und die politischen Gegner der BBC. „In den nächsten Wochen und Monaten bis kurz nach Weihnachten werden weitere Details ans Licht kommen", so Keith Murray. „Wir werden mit unseren Mitgliedern die nächsten Schritte beraten. Es sind gefährliche Zeiten."

Christian Bunke, London ■

Die BBC informiert per Audio-Download: http://www.bbc.co.uk/programmes/b061017y

Zunehmende Journalistenmorde

Screenshot: www.voltdata.info

Weltweit gehört Brasilien zu den gefährlichsten Ländern für Reporter: Orte, wo Journalisten seit 2002 ermordet wurden

Foto: am

Grausam ermordert: Evany José Metzker

BRASILIEN. Am 18. Mai diesen Jahres fand die Polizei nahe der Kleinstadt Padre Paraíso in Vale do Jequitinhonha in Brasilien einen kopflosen Körper mit zusammengebundenen Händen. Der abgetrennte Kopf des Journalisten Evany José Metzker lag 100 Meter vom Rumpf entfernt und wurde erst Stunden später entdeckt. Metzker ist einer von bereits vier Reportern, die bis Mitte August diesen Jahres höchstwahrscheinlich in Ausübung ihres Berufes in Brasilien ermordet wurden. Das Land zwischen Zuckerhut und Amazonien ist damit eines der weltweit gefährlichsten Länder für Berichterstatter.

„Unglücklicherweise beschäftigte sich mein Mann nur mit ernsten Recherchen", gab die Witwe des 67-Jährigen der Polizei zu Protokoll. In den Wochen vor seinem Tod war Metzker Fällen von Kinderprostitution in der Region auf der Spur. Das Verbrechen stehe wahrscheinlich in Verbindung mit seiner Arbeit, glaubt auch der Präsident der Journalistengewerkschaft von Minas Gerais, Kerison Lopes. Die Region im Norden des Bundesstaates Minas Gerais zeige eine hohe Rate von Kinderprostitution auf, besonders in Padre Paraíso, wo der Journalist kurz vor seiner „Hinrichtung" in einer Pension abgestiegen war. Die berüchtigte Bundesstraße BR 116, die Nordostbrasilien mit dem Süden des Landes verbindet, führt mitten durch das Städtchen. Laut UNICEF ist die BR 116 Brasiliens Hauptstraße der sexuellen Ausbeutung von Kindern.

Ein besonders heißes Pflaster für investigative Reporter ist der Staat Rio de Janeiro, der die Statistik innerhalb Brasiliens mit sieben Ermordeten zwischen 2002 und 2015 anführt.Doch nicht Millionenstädte wie Rio oder Sao Paulo seien die gefährlichsten Orte für Journalisten, sondern Kleinstädte und Gemeinden wie Padre Paraiso, erläutert der Brasilianer Sérgio Spagnuolo, der nun für die Nachrichtagentur Volt Data Lab (www.voltdata.info) die erste Landkarte mit den Morden an Journalisten in Brasilien erstellt hat. Vor allem die Sparte der Radioreporter sei unter den Opfern stark vertreten, sagt Spagnuolo.

Der Journalist analysierte 29 Mordfälle zwischen 2002 und 2015. Dreizehn der getöteten Reporter (45 Prozent) arbeiteten für lokale Radiosender, so wie Djalma Santos da Conceição, der im Mai diesen Jahres in der Kleinstadt Conceição da Feira in Bahia gefoltert und hingerichtet wurde. Am 6. August erschossen zwei Männer Gleydson Carvalho von „Rádio Liberdade 90,3" in Camocim in Ceará in seinem Aufnahmestudio „live" während der Radiosendung.

Insgesamt mussten in Brasilien seit dem Jahr 2000 mindestens 42 Journalisten aufgrund ihrer Recherchen oder Publikationen ihr Leben lassen, so die Zahlen der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen in Berlin. Seit Amtsantritt von Regierungschefin Dilma Rousseff im Jahr 2011 stieg die Zahl der Journalistenmorde von 1,3 Morden pro Jahr während der Regierungszeit Lula da Silvas auf 3,8 an. Erschwerend kommt hinzu, dass Brasiliens Justiz bisher kaum einen der Täter, geschweige denn deren Hintermänner, fassen konnte. **Norbert Suchanek, Rio de Janeiro** ■

Missachtung der Pressefreiheit

ÄGYPTEN. Die Korrespondenten des Fernsehsenders Al Jazeera Mohamed Adel Fahmi und Baher Mohamed wurden am 23. September – am Vorabend des islamischen Festes Eid al-Adha – von Ägyptens Staatspräsident Abdel Fattah al-Sissi begnadigt. Sie waren zuvor zusammen mit Peter Greste am 29. August in Kairo zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Ihnen wird nach wie vor Unterstützung der Muslimbruderschaft vorgeworfen. Zudem sollen sie ohne Akkreditierung gearbeitet und durch ihre Berichte dem Land geschadet haben. Das Urteil hatte international für Protest gesorgt. Die drei Journalisten waren bereits im Juni 2014 zu sieben bis zehn Jahren Haft verurteilt worden. Das Oberste Gericht in Ägypten hob das Urteil im Januar auf und ordnete ein neues Verfahren an. Greste wurde nach Australien abgeschoben. Der kanadisch-ägyptische Journalist Mohamed Adel Fahmi, der das Al Jazeera-Büro in Kairo geleitet hatte, und der Ägypter Baher Mohamed waren im Februar auf Kaution freigelassen worden und mussten im August wieder ins Gefängnis.

UKRAINE. Auf der Internetseite des Präsidialamts in Kiew wurde am 16. September ein Dekret veröffentlicht, das rund 40 Medienschaffende auflistet, die ein Jahr lang nicht in die Ukraine einreisen dürfen. Neben einigen Vertretern russischer Medien sind darunter auch Journalisten aus Deutschland, Spanien und weiteren Ländern. Unter anderem nennt die Sanktionsliste, die insgesamt 388 Personen umfasst, den freien Journalisten Michael Rutz, der ehemals Chefredakteur der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* war und dem deutschen Lenkungsausschuss im deutsch-russischen Petersburger Dialog angehört. Ebenso finden sich darauf die Namen zweier seit Mitte Juli in Syrien vermisster Journalisten aus Spanien, Antonio Pampliega und Ángel Sastre (http://t1p.de/27r5).

ASERBAIDSCHAN: Die Investigativjournalistin Khadija Ismajilowa wurde am 1. September in Baku zu einer Haftstrafe von siebeneinhalb Jahren verurteilt. Ein Gericht befand die international bekannte Reporterin unter anderem der Untreue, illegaler Geschäfte und Steuerhinterziehung für schuldig. „Khadija Ismajilowas einziges Vergehen war, dass sie mutig und beharrlich über Korruption und Vetternwirtschaft in höchsten Regierungskreisen recherchiert hat", sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Das Urteil zielt eindeutig darauf ab, ein Exempel zu statuieren und alle Journalisten in Aserbaidschan einzuschüchtern." ROG setzt sich schon seit Dezember mit einer Protestmail-Aktion für die Freilassung der Reporterin ein. (www.reporter-ohne-grenzen.de/ismajilowa/)

IRAN. Im Iran wird die Zensur von Internetanwendungen für mobile Endgeräte verstärkt. Seit dem 29. August wird die verschlüsselte Messaging-App Telegram in Teheran und mehreren anderen iranischen Großstädten stark gestört. Zugleich hat Revolutionsführer Ali Chamenei das Ziel eines „nationalen Internets" bekräftigt und den Obersten Rat für den Cyberspace deutlich in seinen Befugnissen zur Überwachung und Kontrolle des Internets gestärkt.

Leute

Grafik: H. Haubrich

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
http://mmm.verdi.de/service

Melanie Ahlemeier, zuletzt in der Wirtschaftsredaktion der SZ tätig, folgte als stellv. Chefredakteurin und Deskchefin beim Mannheimer Morgen auf **Michael Schröder**, der letztes Jahr in den Ruhestand trat.

Dr. **Thomas Bellut** wurde vom ZDF-Fernsehrat als Intendant für eine zweite Amtszeit bestätigt, die im März 2017 beginnt.

Kirsten Bialdiga, bisher Wirtschaftskorrespondentin der SZ in Düsseldorf, verstärkt ab 1. November die Politikredaktion in der Zentralredaktion der Rheinischen Post.

Kerstin Bode, zuletzt Textchefin und Mitglied der Chefredaktion bei der Zeitschrift Bild der Frau (Funke Mediengruppe), rückte zur stellv. Chefredakteurin auf.

Gottfried Bohl, bislang Leiter der Multimedia-Abteilung bei der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), wurde dort Nachrichtenchef und Mitglied der Chefredaktion. Seine Nachfolgerin in der Multimedia-Abteilung ist **Marialuisa Plassmann**, die von G+J zur KNA kam.

Ilka Brecht, Moderatorin und bisher stellv. Redaktionsleiterin des investigativen ZDF-Magazins „Frontal 21", löste als Redaktionsleiterin **Christian Dezer** ab, der neue Aufgaben beim ZDF übernimmt.

Anja Caspary, die als Musikjournalistin und Moderatorin bisher schon zum Team von Radioeins (RBB) gehörte, folgte als Musikchefin der Welle auf **Peter Radszuhn**, der im Oktober letzten Jahres verstorben ist.

Der Spiegel: **Michael Sauga**, bislang Leiter des Wirtschaftsressorts in Berlin, und **René Pfister**, bisher stellv. Leiter des Hauptstadtbüros, wurden in der Nachfolge von **Nikolaus Blome** Leiter des Berliner Büros. **Christiane Hoffmann** blieb stellv. Leiterin des Hauptstadtbüros und übernahm zusätzlich, gemeinsam mit **Markus Feldenkirchen**, das Ressort Meinungsbeiträge. Feldenkirchen, bisher Korrespondent in der Redaktionsvertretung Washington, schreibt künftig als politischer Autor für das Hauptstadtbüro und andere Ressorts des Nachrichtenmagazins. **Konstantin von Hammerstein**, zuletzt im Deutschlandressort, wechselte als Autor zurück in das Hauptstadtbüro. **Cordula Meyer** und **Markus Verbeet**, bisher stellv. Leiter des Ressorts Deutschland, sowie **Frank Hornig**, ebenfalls stellv. Leiter des Deutschlandressorts und Büroleiter der Redaktionsvertretung in Berlin, übernahmen gemeinsam die Ressortleitung. Stellv. Leiterin des Deutschlandressorts wurde **Annette Großbongardt**, zugleich stellv. Leiterin des Ressorts Sonderthemen.

Rüdiger Ditz, zuletzt geschäftsführender Redakteur des Spiegels, wurde Mitglied der Chefredaktion des RedaktionsNetzwerkes Deutschland (RND), der Zentralredaktion der Mediengruppe Madsack, und übernahm die neu geschaffene Position eines redaktionellen Online-Koordinators für die Titel der Mediengruppe.

Martin Fraas, bisher schon in vielen Führungspositionen bei Frauen- und People-Zeitschriften tätig, wurde neben **Georg Thanscheidt** Textchef bei der Illustrierten Bunte. Er folgt auf **Peter Telle**, der in den Ruhestand trat.

Funke Mediengruppe: Die neue Zentralredaktion in Berlin wird laufend verstärkt. **Steffi Dobmeier**, bisher Nachrichtenredakteurin und Redakteurin vom Dienst bei Zeit Online, wurde Chefin vom Dienst und Mitglied der Chefredaktion des Online-Teams der Zentralredaktion. **Matthias Thieme** wechselte vom Wirtschaftsmagazin Capital in das Wirtschaftsressort. **Laura Réthy** (Ratgeberredaktion), **Björn Hartmann** (Wirtschaft) und **Diana Zinkler** (Textchefin) kamen von der Berliner Morgenpost. In die Ratgeberredaktion wechselte auch **Alina Reichardt**, zuvor bei der Stiftung Warentest. Beim Hamburger Abendblatt war **Christian Unger**, dessen Schwerpunkt politische Reportagen sind. Für die Fotokompetenz zuständig ist **Anja Bleyl**, zuletzt bei der Bild-Zeitung. **Leon Scherfig** (Online-Redaktion) kam von der gemeinsamen Online-Redaktion von Stuttgarter Nachrichten und Stuttgarter Zeitung. **Sören Kittel** (Vermischtes) war zuletzt freier Journalist in Südkorea. **Philipp Neumann** wechselte vom Hauptstadtbüro des Magazins Focus als Korrespondent Politik in die Zentralredaktion. Als Fußball-Kolumnisten heuerten der Autor **Ronald Reng** und der Trainer **Hans Meyer** an.

Michael Gerster, zuletzt Fachredakteur für Automobilthemen im Wirtschaftsressort der Stuttgarter Nachrichten, folgt als Korrespondent der Branchen- und Wirtschaftszeitung Automobilwoche in Stuttgart auf **Matthias Krust**, der zum Daimler-Konzern wechselte.

Alexander Görlach bleibt dem Debatten-Magazin The European, dessen Gründer, Herausgeber und Chefredakteur er ist, auch nach der Übernahme durch die Weimer Media Group erhalten.

Dirk Grosse, bisher Leiter der Sportkommunikation von Sky Deutschland, löste als Chef des Sportnachrichtensenders Sky Sport News HD **Roman**

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint 2015 mit sechs Ausgaben

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH, Bülowstr. 66, Hof D / Eingang D1, 10783 Berlin
Fax 030 / 740 731 6 – 75,
E-Mail anzeigen@nwmd.de
Ansprechpartner: Nicole Stelzner
Leitung Strategische Unternehmensentwicklung / Verkauf.
Telefon 030 / 740 731 6 – 00
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 20 gültig ab 1.1.2015

M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin
Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier" verantwortlich:
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 5.2015: 11.09.2015
M 6.2015: 18.11.2015
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Steuer ab, der künftig den gesamten Sportbereich bei Sky verantwortet. Sein Vorgänger **Carsten Schmidt** wurde Vorstandsvorsitzender der Sky Deutschland AG.

Lars Oliver Hennemann, bisher stellv. Chefredakteur des Wiesbadener Kuriers und der Allgemeinen Zeitung, löste als Chefredakteur der ebenfalls zur Verlagsgruppe Rhein Main gehörenden Echo-Mediengruppe Dr. **Michael Holm** ab, der das Unternehmen verließ.

Hans-Jürgen Jakobs, bis 2013 Chefredakteur von SZ.de, dann Chefredakteur des Handelsblatts, wird zum 1. Januar 2016 Senior Editor in München. Damit bleibt **Sven Afhüppe**, der Anfang diesen Jahres Co-Chefredakteur wurde, alleiniger Leiter des Blatts.

Jan Kanter, bislang stellv. Leiter der Service- und Entwicklungsredaktion der Axel Springer SE sowie Blattmacher bei der Tageszeitung Die Welt, folgte als Online-Chef der Thüringer Allgemeinen auf **Jan Hollitzer**, der zur Berliner Morgenpost (ebenfalls Funke Mediengruppe) wechselte.

Ina Kiesewetter, Redakteurin („Lokalzeit", „Hier und Heute") im WDR-Funkhaus Düsseldorf , wurde stellv. Leiterin des WDR-Studios Münster.

Friedemann Kohler, bisher Leiter des dpa-Büros in Wiesbaden, der früher schon für die dpa 12 Jahre lang aus Russland und der Ukraine berichtet hat, folgte als Regionalbüroleiter Osteuropa in Moskau auf **Ulf Mauder**, der als dpa-Landesbüroleiter für Baden-Württemberg nach Stuttgart wechselte.

Alexandra-Katharina Kütemeyer, bislang Social-Media-Chefin des Magazins Stern, wurde Geschäftsführende Redakteurin beim Weser-Kurier (Bremen). **Kristina Läsker**, seit Anfang Mai Leiterin der Wirtschaftsredaktion des Weser-Kuriers, zuvor Wirtschaftskorrespondentin der SZ in Hamburg, verließ das Blatt schon wieder. Die Leitung des Wirtschaftsressorts übernahm kommissarisch Chefredakteur **Moritz Döbler**.

Claudia Lehnen, Leiterin des Magazins des Kölner Stadt-Anzeigers, übernahm die Redaktionsleitung für eine vom Medienhaus DuMont Rheinland neu herausgegebene wöchentliche Zeitung für Kinder mit dem Titel Duda.

Rainer Leurs, bisher Leiter der Entwicklungsabteilung bei Spiegel Online, folgte als Redaktionsleiter von RP Online (Rheinische Post) auf **Oliver Havlat**, der zum Jahresende ausscheidet.

Bert Lingnau, derzeit in der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern Beauftragter für die Offenen Kanäle sowie Referent für Medienkompetenzförderung und Öffentlichkeitsarbeit, wird als Direktor der Medienanstalt Nachfolger von **Uwe Hornauer**, dessen Amtszeit im März 2016 endet.

Andreas Lorenz, Sportchef des Berliner Kuriers (DuMont Mediengruppe), und der Lokalchef **Karim Mahmoud** wurden Mitglieder der Chefredaktion. **Michael Ludewig**, derzeit Chef Ausland und stellv. Chefredakteur bei der dpa, wird zum 1. Januar 2016 Managing Editor bei der Schweizer Blick-Gruppe (Ringier).

Annette Ludwig, zuletzt bei der Westdeutschen Zeitung Leiterin des WZplus-Teams, wurde zur stellv. Chefredakteurin ernannt und wechselte damit in die neu gegründete, tarifreie WZ Content GmbH.

Frauke Lüpke-Narberhaus, zuletzt bei Spiegel Online (SpOn) Redakteurin in der Entwicklungsredaktion, und **Ole Reißmann**, seit Januar Projektleiter der SpOn-Entwicklungsredaktion, leiten als Doppelspitze die Redaktion von bento, einem Ableger von SpOn. Das neue Webangebot richtet sich an die Zielgruppe der 18- bis 30-Jährigen.

Michael Martens, bisher FAZ-Korrespondent in Istanbul, wechselte nach Athen.

Zhanna Nemzowa, Tochter des ermordeten russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow, bisher in Moskau als Journalistin tätig, wurde Reporterin in der Russisch-Redaktion der Deutschen Welle (DW). **Juri Rescheto**, zuletzt Reporter für die DW in der Ukraine, folgte als Leiter des Studios Moskau auf **Markus Reher**, der den Sender verließ.

Anke Plättner, schon von 2004 bis 2009 Moderatorin der politischen Talkshow „Phoenix Runde" (Phoenix), zuletzt freie Journalistin und Moderatorin, kehrte zur Sendung zurück und löste **Ines Arland** ab, die andere Aufgaben in der aktuellen Berichterstattung des Senders übernimmt. Plättner moderiert die „Phoenix Runde" im Wechsel mit **Alexander Kähler**.

Sibylle Quenett, bisher stellv. Chefredakteurin der Mitteldeutschen Zeitung, folgte als Sprecherin des Bundesbildungsministeriums auf **Robin Mishra**, der als Leiter Wissenschaft an die Deutsche Botschaft nach Washington wechselte; bis Juni 2010 war er Parlamentskorrespondent und Chef des Hauptstadtbüros beim Rheinischen Merkur.

Paul-Josef Raue gibt zum 31. Oktober seinen Posten als Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen (Funke Mediengruppe) auf, wird aber zukünftig an der Weiterentwicklung der Journalistenausbildung innerhalb der Mediengruppe mitwirken.

Reporter ohne Grenzen e. V. (ROG) hat einen neuen Vorstand gewählt. Als Vorstandsmitglieder bestätigt wurden Dr. **Michael Rediske** (Geschäftsführer des Journalistenverbands Berlin-Brandenburg), **Katja Gloger** (Stern-Autorin), **Gemma Pörzgen** (freie Journalistin) und **Matthias Spielkamp** (Gründer und Herausgeber von iRights.info). Neu in das Gremium gewählt wurde **Britta Hilpert** (Leiterin des ZDF-Studios Brandenburg). **Astrid Frohloff** (TV-Journalistin, Moderatorin der Magazine „Klartext" und „Kontraste"), bisher Co-Vorstandssprecherin, trat nach zwölf Jahren in dem Gremium nicht mehr zur Wahl an.
Britta Hilpert und **Michael Rediske** wurden zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern und Sprechern von ROG gewählt.

Christian Rickens, derzeit Leiter des Ressorts Wirtschaft bei Spiegel Online, wird zum 1. November Leiter des Ressorts Agenda beim Handelsblatt. Er teilt sich die Stelle mit **Tanja Kewes**, die sich derzeit in Elternzeit befindet.

Klaus Scheffer, bisher landespolitischer Korrespondent des WDR in Düsseldorf, folgte als stellv. Leiter des WDR-Studios Aachen auf **Jürgen Mohr**.

Guido Schmitz, bislang Geschäftsführer des sozialdemokratischen Traditionsverlags vorwärts Verlagsgesellschaft mbH (Berlin), einer Tochter der SPD-Medienholding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft, und der Agentur Network Media GmbH (NWMD), verließ die Unternehmen. Seine Nachfolger wurden **Karin Nink**, Chefredakteurin der SPD-Parteizeitung vorwärts, sowie Dr. **Hans-Gerd Conrad**, kaufmännischer Leiter des vorwärts, und **Nicole Stelzner**, Leiterin Unternehmensentwicklung bei NWMD.

Claudia Sewig, bisher Leiterin des Ressorts Wissen beim Hamburger Abendblatt (Funke Mediengruppe), wurde stellv. Redaktionsleiterin in der Hamburg-Redaktion der Welt (Axel Springer SE). **Olaf Preuß**, zuletzt Redakteur und Reporter beim Hamburger Abendblatt, wechselte ebenso zur Hamburger Ausgabe der Welt wie **Kai Behrmann**, zuvor Sportjournalist bei der Hamburger Morgenpost.

Weltreporter.net, das größte Netzwerk freier deutschsprachiger Auslandskorrespondenten, wählte einen neuen Vorstand. Erste Vorsitzende ist **Kerstin Schweighöfer**, Korrespondentin in den Niederlanden; neuer zweiter Vorsitzender wurde **Clemens Bomsdorf**, der mit Basis Kopenhagen über Nordeuropa berichtet. Zum Vorstand gehören als Schatzmeisterin **Susanne Knaul** (Jerusalem) sowie als Beisitzer **Kilian Kirchgeßner** (Prag) und **Leonie March** (Durban).

Anzeigen

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

SHIT & CANDY

29. Journalistentag
in Berlin

23. JANUAR 2016
10–17 Uhr

Die neue Währung für den Journalismus?

Womit lässt sich im digitalen Zeitalter mit Journalismus noch Geld machen? „Klicks!" lautet die weit verbreitete Antwort. Klicks stehen für Aufmerksamkeit – die Währung schlechthin im Journalismus und seit jeher der Maßstab für zahlende Werbekunden. Und wer klickt und Inhalte in sozialen Netzwerken teilt, liefert gleich noch etwas mit, worüber sich Medienunternehmen und Werbewirtschaft noch viel mehr freuen: jede Menge persönliche Daten. Hinzu kommt ein weiteres Phänomen: Im Netz sind die Reaktionen auf journalistische Inhalte heftiger und ungefiltet. Shitstorms und Hasskommentare füllen ganze Pinnwände und Kommentarspalten – der Dialog mit dem Publikum in einer neuen Rolle als Akteur in den Medien stellt eine enorme Herausforderung für Journalistinnen und Journalisten dar.

Doch muss, was viel geklickt ist, wirklich gut sein? Lösen Artikelempfehlungen von Freunden die Auswahl nach journalistischen Kriterien ab? Und was macht es mit dem Journalismus, wenn Katzenbabys und Pöbelkommentare mehr Aufmerksamkeit und damit vermeintliche Relevanz erzeugen als professionelle Berichterstattung? Dem gehen wir gemeinsam nach.

Es sprechen und diskutieren u.a.

- Richard Gutjahr (freier Journalist und Blogger, www.gutjahr.biz, und Dr. Clas Dammann (Teamleiter heute+, ZDF) über die Rolle von sozialen Medien und ihrem strategischen Nutzen für den Journalismus
- Maria Exner (Chefredaktion ZEIT ONLINE), Mark Heywinkel (freier Journalist und Blogger, www.markheywinkel.de) sowie Markus Schuler (Bayerischer Rundfunk) über digitale Geschäftsmodelle
- Frank Rieger (Chaos Computer Club) über Datenkraken, Datenklau und Datenschutz
- Prof. Dr. Ayad Al Ani (Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, HU Berlin) über die Bedeutung des digitalen Wandels für den Journalismus als Beruf und Gesellschaftsaufgabe

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.dju.verdi.de/journalistentag